16. Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften

16th Conference of the European Lawyers' Profession

"Compliance" in der Anwaltskanzlei

"Compliance" in the Law Firm

Berlin, 4. November 2016



Berliner Anwaltsverein e.V.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Namen des Berliner Anwaltsvereins helße ich Sie herzlich willkommen zur 16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften.



Mit ca. 4.400 – freiwilligen – Mitgliedern ist unser Verein der größte örtliche Anwaltsverein in Deutschland. Die Vertretung der Interessen und Fortbildung der Berliner Anwaltschaft ist unser Kernanliegen. Für uns ist jedoch ebenso wichtig, die Verantwortung der Anwaltschaft für Rechtsstaat und Gemeinwesen wahrzunehmen und deutlich zu machen.

Im Herbst des letzten Jahres stellte sich heraus, dass mehrere tausend minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung ihrer Eltern in unserer Stadt eingetroffen waren. Gemeinsam riefen die Rechtsanwaltskammer Berlin und der Berliner Anwaltsverein daraufhin die Berliner Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte dazu auf, ehrenamtlich eine Vormundschaft für diese Jugendlichen zu übernehmen. Der Berliner Anwaltsverein hat diese Initiative zudem durch zahlreiche Informations-Abende und Netzwerktreffen unterstützt. Mehr als 900 Berliner Kolleginnen und Kollegen haben sich zu einer Vormundschaft bereit erklärt und engagieren sich nun ehrenamtlich als Vormünder für geflüchtete Jugendliche.

Heute möchten wir der Frage nachgehen, welche Rolle Compliance – in Unternehmen, als Mandat und in der Anwaltskanzlei – in unserer Berufspraxis spielt. Wir freuen uns, dass Sie (wieder) den Weg nach Berlin gefunden haben, um bei unserer diesjährigen Konferenz über

Compliance in der Anwaltskanzlei

zu diskutieren – und informell über vieles andere, was uns Anwälte zwischen London und Tallinn, zwischen Helsinki, Malaga und Ankara – und auch in Seoul – bewegt. Der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland danken wir, dass wir in dieser wahrlich europäischen Runde zum zweiten Mal hier am Pariser Platz zu Gast sein dürfen. Und weil Dankbarkeit gegenüber den Errungenschaften der europäischen Einigung derzeit kein Allgemeingut ist, möchte ich hinzufügen: Die Leichtigkeit Ihrer Anreise und die Reisefreiheit auf Ihrem Weg nach Berlin – if nothing else – ist der EU zu danken!

Ihr

Uwe Freyschmidt

Jan 5 duni NA

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht

Vorsitzender

Grußwort

des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller 16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften am 4. November 2016 in Berlin



©Senatskanzlei/Martin Becker

Herzlich willkommen zur Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften. Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr wieder viele Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus dem In- und Ausland an der Konferenz teilnehmen.

Die Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften ist mittlerweile zu einer guten Tradition geworden. Bereits zum 16. Mal kommen Rechtsexpertinnen und -experten in Berlin zusammen, um sich über aktuelle Fragen des eigenen Berufsstandes auszutauschen. In diesem Jahr wird es um das Thema "Compliance in der Anwaltskanzlei" gehen.

Besonders freue ich mich hierbei über den länderübergreifenden, europäischen Austausch. Europa erlebt im Moment bewegte Zeiten. Der Brexit und der Aufstieg von Rechtspopulisten in vielen Ländern der EU zeigen, dass die europäische Idee vom gemeinsamen Zusammenhalt längst nicht mehr von allen geteilt wird. Einige Menschen stellen die Solidarität in Europa und das Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Union leider zunehmend in Frage.

Umso wichtiger ist es, dass die Gespräche untereinander in Europa nicht abreißen und Möglichkeiten geschaffen werden, um gemeinsam über europäische Anliegen zu sprechen. Die Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften leistet hierzu einen Beitrag. Dafür bin dem Berliner Anwaltsverein als Veranstalter sehr dankbar.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wünsche ich in diesem Sinne eine erfolgreiche Konferenz, viele interessante Gespräche und Begegnungen sowie einen erlebnisreichen Aufenthalt in Berlin.

Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

lindral luilles

<u>INHALT</u>

| Teilnehmerverzeichnis | 2 |
|-----------------------------------|----|
| Fragebogen | 7 |
| Questionaire | 8 |
| Länderbeiträge: | |
| Deutschland (deutsch) | 9 |
| Germany (English) | 15 |
| Finnland | 20 |
| Frankreich | 24 |
| Großbritannien: England und Wales | 25 |
| Italien | 35 |
| Österreich | 51 |
| Polen | 56 |
| Republik Korea | 62 |
| Rumänien | 65 |
| Schweden | 68 |
| Słowakische Republik | 71 |
| Tschechische Republik | 74 |
| Ungarn | 77 |

After the Conference, you can find a link to pictures of the Conference here – please feel free to use them for publication:

www.berliner-anwaltsverein.de

We hope to see you again next year on Friday, November 3rd, 2017.

"Compliance" in der Anwaltskanzlei

1. Compliance-Vorschriften für Unternehmen

Welche Rolle spielt Compliance (Regelungen zur organisatorischen und strukturellen Maßnahmen zur Rechtskonformität im Unternehmen) in Ihrem Land?

2. Compliance als anwaltliches Mandat - Compliance-Tätigkeit im Unternehmen

Welche Aufgaben im Zusammenhang mit Compliance bei Unternehmen werden in Ihrem Land typischerweise von Anwälten übernommen, z.B. Datenschutzbeauftragte/r, Compliance-Officer, etc.? Wie ist dabei typischerweise bzw. nach den gesetzlichen Anforderungen Ihres Landes die Aufgabenverteilung zwischen internen und externen Juristen?

Welche Rolle spielen unternehmensinterne Juristen bei der Compliance? Wie sind in Ihrem Land die Aufgaben, Tätigkeiten und beruflichen Verpflichtungen für Syndikusanwälte bzw. unternehmensinterne Juristen geregelt? Haben diese ein Zeugnisverweigerungsrecht, Geheimhaltungspflichten, welche Tätigkeiten dürfen diese (im Vergleich zu externen Anwälten) übernehmen, bzw. welche beruflichen Pflichten bestehen für sie zur Compliance im Unternehmen?

3. "Compliance"-Regeln für Anwaltskanzleien

Gelten die Vorschriften für Compliance in Unternehmen auch für Anwaltskanzleien oder gibt es vergleichbare Regeln für Anwaltskanzleien?

Sind Pflichten zur organisatorischen oder strukturellen Einhaltung von Datenschutz, Sorgfaltspflichten, IT-Sicherheit, zur Vermeidung von Interessenkonflikten in Ihrem Land für Anwälte geregelt? Für welche Bereiche (z.B. Datenschutz) brauchen Anwaltskanzleien in Ihrem Land Beauftragte oder sonstige interne Kontrollpersonen, Strukturen oder Abläufe?

Sind eigene Compliance-Regelwerke zum Beispiel bei (großen) Kanzleien in Ihrem Land üblich? Sind diese öffentlich? Welche Regelungen beinhalten diese typischerweise?

4. Anwaltliche Pflichten zur Überprüfung oder Gewährleistung von Regelkonformität bei Mandanten

Gibt es - neben der EU-Geldwäsche-Verordnung - in Ihrem Land Pflichten für Anwälte, bestimmte externe Rechtsverstöße (durch Mandanten oder Dritte) oder entsprechende Verdachtsmomente anzuzeigen? Wie werden diese Verpflichtungen in Kanzleien umgesetzt?

Gibt es in Ihrem Land sonstige rechtliche Pflichten für Anwälte, die dem im Interesse von Dritten - also nicht gegenüber dem Mandanten - dienen, z.B. zur Sachverhaltsrecherche, Offenlegung von Informationen in der zivilrechtlichen Mandatsausübung oder im Prozessrecht? Gibt es Fälle von Haftung gegenüber Dritten bei Verstößen gegenüber diesen Pflichten?

5. Regelungsbedarf

Sind nach Ihrer Auffassung - bzw. der Auffassung Ihrer Organisation - weitere Regelungen oder Anstrengungen in Bezug auf Compliance in Anwaltskanzleien notwendig?

"Compliance" in the Law Firm

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house and external lawyers?

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

Deutscher Anwaltverein

Rechtsanwältin Dr. Margarete Gräfin von Galen, Rechtsanwalt Dr. Marc Löbbe und Rechtsanwältin Dr. Anja Mengel, LL.M. (Columbien)

Deutscher**Anwalt**Verein

(Mitglieder des DAV-Ausschusses Corporate Social Responsibility and Compliance) 21 Oktober 2016

16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften "Compliance in der Anwaltskanzlei"

1. Compliance-Vorschriften für Unternehmen

 Welche Rolle spielt Compliance (Regelungen zur organisatorischen und strukturellen Maßnahmen zur Rechtskonformität im Unternehmen) in Ihrem Land?

Compliance spielt eine große Rolle. Jedes Unternehmen ist gehalten, rechtskonform zu arbeiten. Je nach Größe des Unternehmens ist es zur Gewährleistung der Rechtskonformität erforderlich, mehr oder weniger umfangreiche Regeln aufzustellen und deren Einhaltung zu überwachen und zu schulen.

Alle DAX Unternehmen, der große Mittelstand und viele kleinere Unternehmen befassen sich mit Compliance und halten Compliance-Systeme vor. So heißt es beispielsweise in Nr. 4.1.3 Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) im Hinblick auf börsennotierte Gesellschaften: "Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin (Compliance)". Aber auch im öffentlichen Dienst und bei NGOs gibt es zunehmend Stellen für Compliance-Verantwortliche. Neben einer Vielzahl an Monographien werden inzwischen auch Zeitschriften zum Thema Compliance aufgelegt (etwa die CCZ - Corporate Compliance Zeitschrift). Etabliert hat sich das Berufsbild des Compliance Officers. Compliance-Verantwortliche haben sich zudem in mehreren Compliance-Berufsverbänden organisiert (so z.B. DICO - Deutsches Institut für Compliance e.V., Berufsverband der Compliance Manager – BCM oder Bundesverbands Deutscher Compliance Officer (BDCO) e.V.).

2. Compliance als anwaltliches Mandat - Compliance-Tätigkeit im Unternehmen

 Welche Aufgaben im Zusammenhang mit Compliance bei Unternehmen werden in Ihrem Land typischerweise von Anwälten übernommen, z.B. Datenschutzbeauftragte/r, Compliance-Officer, etc.? In Deutschland werden die beispielhaft genannten Aufgaben typischerweise nicht von unternehmensexternen Anwälten, sondern von im Unternehmen angestellten Juristen, darunter viele Syndikusanwälte, – oder auch von Nichtjuristen – übernommen.

 Wie ist dabei typischerweise bzw. nach den gesetzlichen Anforderungen Ihres Landes die Aufgabenverteilung zwischen internen und externen Juristen?

Die Positionen im Unternehmen (Compliance-Officer, Geldwäschebeauftragter etc.) werden typischerweise von Angestellten des Unternehmens übernommen. Externe Anwälte sind beratend tätig und beraten hinsichtlich Struktur, Organisation und materiell-rechtlichen Voraussetzungen für Compliance.

Welche Rolle spielen unternehmensinterne Juristen bei der Compliance?

Unternehmensinterne Juristen nehmen sehr vielfältige Aufgaben in Compliance-Abteilungen oder der Rechtsabteilungen von Unternehmens wahr. Aufgrund der Vielzahl der Tätigkeiten wird auf eine Aufzählung verzichtet.

- Wie sind in Ihrem Land die Aufgaben, T\u00e4tigkeiten und beruflichen Verpflichtungen f\u00fcr Syndikusanw\u00e4lte bzw. unternehmensinterne Juristen geregelt?
- Haben diese Zeugnisverweigerungsrecht, Geheimhaltungspflichten, welche Tätigkeiten dürfen diese (im Vergleich zu externen Anwälten) übernehmen, bzw. welche beruflichen Pflichten bestehen für sie zur Compliance im Unternehmen?

Syndikusanwälte unterliegen berufsrechtlich der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht, sie haben jedoch kein Zeugnisverweigerungsrecht und der Bruch der Verschwiegenheitspflicht ist außerhalb der wettbewerbsrechtlich möglichen Sanktionen nicht strafbewehrt. Hinzu kommen Geheimhaltungspflichten im Verhältnis zum Unternehmen im Hinblick auf Geschäftsund Betriebsgeheimnisse, deren Bruch wettbewerbsrechtlich auch strafbewehrt ist.

Als Syndikusanwalt kann nur zugelassen werden, wer eine Bestätigung des Arbeitgebers vorlegt, dass er/sie in seiner Berufsausübung fachlich unabhängig ist und insoweit keinen Weisungen unterliegt. Syndikusanwälte können das Unternehmen nach außen vertreten, sind aber nicht dazu berechtigt, das Unternehmen in Fällen vor Gericht zu vertreten, wenn vor dem Gericht Anwaltszwang besteht. Die Zulassung von Syndikusanwälten als Rechtsanwälte ist eine in Deutschland erst kürzlich eingeführte Regelung.

Unternehmensinterne Juristen, die nicht Syndikusanwälte sind, müssen nicht unabhängig vom Unternehmen sein; sie können aber gleichzeitig als unabhängige Rechtsanwälte zugelassen sein, dürfen in dieser Eigenschaft aber nicht für das Unternehmen, bei dem sie angestellt sind, tätig werden.

3. "Compliance"-Regeln für Anwaltskanzleien

 Gelten die Vorschriften für Compliance in Unternehmen auch für Anwaltskanzleien oder gibt es vergleichbare Regeln für Anwaltskanzleien? Besondere Verhaltensanforderungen für Rechtsanwälte – die (mit Einschränkungen, s.o.) grundsätzlich auch für Syndikusrechtsanwälte gelten – ergeben sich aus der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) und der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA). Insbesondere gilt eine Verschwiegenheitsverpflichtung nach § 43a Abs. 2 BRAO und § 2 BORA. Zudem finden sich spezielle Vorschriften zu Treuhandgeschäften (§§ 43a Abs. 5 BRAO, 4 BORA) und zu Interessenkollisionen (§§ 43a Abs. 4 BRAO, 3 BORA). Verstöße werden auch strafrechtlich sanktioniert (§§ 203 Abs. 1 Nr. 3, 356 StGB). Spezielle Regelungen gelten weiterhin (noch) für die Anwalts-Notare, die der Bundesnotarordnung (BNotO) unterfallen.

Zudem gelten grundsätzlich auch für Anwaltskanzleien die allgemeinen Compliance-Vorschriften, insbesondere:

- zur Einhaltung des Datenschutzes das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG),
- zum Verbot von Insidergeschäften das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), insbesondere § 14 Abs. 1 WpHG a.F. iVm § 28 Abs. 1 Nr. 2 lit. c) WpHG a.F., nunmehr § 38 Abs. 3 WpHG n.F. iVm Art. 14 der EU-Marktmissbrauchsverordnung (VO 596/2014),
- zur Geldwäsche das Geldwäschegesetz (GwG), insbesondere §§ 9, 2
 Abs. 1 Nr. 7 GwG.
- Sind Pflichten zur organisatorischen oder strukturellen Einhaltung von Datenschutz, Sorgfaltspflichten, IT-Sicherheit, zur Vermeidung von Interessenkonflikten in Ihrem Land für Anwälte geregelt?

Die Verhaltensanforderungen und besonderen Berufspflichten für Rechtsanwälte ergeben sich maßgeblich aus der Bundesrechtsanwaltsordnung. Aus der insoweit zentralen Vorschrift § 43a BRAO ergeben sich u.a. das Gebot der Unabhängigkeit, Verschwiegenheitsverpflichtung, das Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen und anvertrauter Sorgfaltsverpflichtung bei der Behandlung Vermögenswerte. Konkretisierungen und Weiterungen ergeben sich jeweils aus der Bundesrechtsanwaltsordnung. Danach muss der Rechtsanwalt etwa auch seine Mitarbeiter zur Verschwiegenheit verpflichten (§ 2 zur Verschwiegenheit, § 3 zur Interessenkollision, § 4 zur Treuhand). Nach § 5 BRAO ist der Rechtsanwalt verpflichtet, seine Kanzlei sachlich, personell und organisatorisch so einzurichten, dass er in dieser den genannten Anforderungen zur Berufsausübung gerecht werden kann.

Als besondere Vorschrift zur Vermeidung von Interessenkollisionen und zum Erhalt der Unabhängigkeit lässt sich auch das Verbot von Insidergeschäften verstehen, das sich inzwischen auch aus der EU-Marktmissbrauchsverordnung ergibt. Hinzu kommen die allgemein geltenden wettbewerbsrechtlichen Vorschriften, etwa zum Kartell- und Korruptionsverbot.

Explizite gesetzliche Vorgaben zur <u>IT-Sicherheit</u> bestehen nicht, sondern werden aus den genannten Grundsätzen, insbesondere der Verschwiegenheitsverpflichtung in Verbindung mit den Organisationsanforderungen hinsichtlich der Kanzlei abgeleitet.

<u>Datenschutzrechtlich</u> sind auch Anwaltskanzleien an die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes gebunden. Nach § 9 BDSG müssen die zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen werden. Dabei kann sich ein Spannungsfeld zwischen der Datentransparenz und den berufsrechtlichen Geheimhaltungsgeboten ergeben, das § 1 Abs. 3 Satz 2 BDSG grundsätzlich zugunsten der Verschwiegenheit auflöst.

 Für welche Bereiche (z.B. Datenschutz) brauchen Anwaltskanzleien in Ihrem Land Beauftragte oder sonstige interne Kontrollpersonen, Strukturen oder Abläufe?

Nach § 4f BDSG muss ein <u>Datenschutzbeauftragter</u> auch von Anwaltskanzleien bestellt werden, wenn mindestens zehn Personen ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind oder mindestens zwanzig Personen Daten auf andere Wiese erheben, verarbeiten oder nutzen. Dieser Datenschutzbeauftragte muss die notwendige Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzen und kann – trotz des Konfliktes mit dem Berufsgeheimnis – auch eine Person außerhalb des Unternehmens sein. Auch ein solcher "externer Datenschutzbeauftragter" unterliegt der nach § 203 Abs. 1 Nr. 7 StGB strafrechtlich sanktionierbaren Schweigepflicht.

In Anwaltskanzleien mit mehr als 30 Berufsträgern ist außerdem nach § 9 Abs. 4 GwG iVm einer Anordnung der Bundesrechtsanwaltskammer ein <u>Geldwäschebeauftragter</u> zu bestimmen, wenn die Kanzlei regelmäßig bei Unternehmenskäufen, Immobilien- oder Finanzierungstransaktionen mitwirkt.

Nach § 5 des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) ist kann je nach Erforderlichkeit auch eine – interne oder externe – <u>Fachkraft für Arbeitssicherheit</u> zu bestellen sein. Mit ähnlichen Aufgaben ist der <u>Sicherheitsbeauftragte</u> befasst, der nach § 22 des Siebten Sozialgesetzbuchs (§ 22 SGB VII) zu bestellen ist, wenn regelmäßig mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

 Sind eigene Compliance-Regelwerke zum Beispiel bei (großen) Kanzleien in Ihrem Land üblich?

Da die berufsrechtlichen Regelungen für Anwälte und auch die nichtanwaltlichen Mitarbeiter in Anwaltskanzleien recht weitreichend sind, finden sich nicht zwingend noch auf die einzelnen Kanzleien bezogene Compliance-Vereinbarungen. Hinzu kommt, dass solche Vereinbarungen mit jedem Arbeitnehmer individualvertraglich vereinbart werden müssten. Die in andere Unternehmen und Betrieben oftmals anwendbaren Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge bestehen in Anwaltskanzleien – die regelmäßig keinen Betriebsrat haben und nicht tarifgebunden sind – nicht.

Die gesetzlichen Anforderungen, etwa zum Abschluss von Verschwiegenheitsvereinbarungen und dem Führen von Insiderlisten, wird selbstverständlich Rechnung getragen.

Sind diese öffentlich?

Wenn Compliance-Regelungen vereinbart werden, sind diese nicht öffentlich abrufbar.

Welche Regelungen beinhalten diese typischerweise?

Das Feld möglicher Compliance-Inhalte ist breit und kann beispielsweise Regelungen erfassen zu Verschwiegenheit und Vertraulichkeit – auch über die gesetzlichen Anforderungen hinaus, Umgang mit der Presse, allgemeine Verhaltensregeln (z. B. Bekleidungsvorschriften, Rauch-, Alkohol und Drogenverbot, Unterlassung politischer Aktivitäten am Arbeitsplatz) oder – auch privater – Umgang mit Telekommunikationssystemen (Telefon, Internet, E-Mail, insbesondere auch IT-Sicherheit).

4. Anwaltliche Pflichten zur Überprüfung oder Gewährleistung von Regelkonformität bei Mandanten

 Gibt es - neben der EU-Geldwäsche-Verordnung - in Ihrem Land Pflichten für Anwälte, bestimmte externe Rechtsverstöße (durch Mandanten oder Dritte) oder entsprechende Verdachtsmomente anzuzeigen?

Bei der EU-Geldwäschegesetzgebund handelt es sich nicht um eine "Verordnung", sondern eine Richtlinie, weshalb die Pflichten zur Anzeige von Geldwäscheverdachtsfällen sich nach nationalem Recht richtet.

Grundsätzlich verbietet es das Anwaltsgeheimnis einem Anwalt, Rechtsverstöße, die ein Mandant bzw. ein Mitarbeiter eines Mandanten begangen hat und von denen er im Rahmen des Mandats Kenntnis erhält, gegenüber Dritten einschließlich Behörden usw. anzuzeigen. Zu der Anzeige von Rechtsverstößen, die ein Dritter begangen hat, hat ein Anwalt keine besondere Stellung, auch keine weitergehenden Anzeigepflichten als andere Bürger. Das StGB regelt, in welchen Fällen für alle Bürger eine strafbewehrte Pflicht besteht, geplante Straftaten eines Dritten anzuzeigen (§ 138 StGB); von dieser Anzeigepflicht sind Rechtsanwälte wiederum gem. § 139 StGB unter den dortigen Vorraussetzungen ausgenommen. Niemand muss in Deutschland eine bereits begangene Straftat anzuzeigen.

Wie werden diese Verpflichtungen in Kanzleien umgesetzt?

Dazu gibt es keine konkreten Vorgaben. Da die Anzeigepflicht für Rechtsanwälte nur in extremen Ausnahmefällen besteht, bedarf es dazu keiner Regelungen. Da Anwaltsgeheimnis muss jeder Anwalt (und jeder Kanzleimitarbeiter) kennen und beachten; Kanzleimitarbeier werden dazu oftmals zu Beginn ihrer Tätigkeit belehrt.

 Gibt es in Ihrem Land sonstige rechtliche Pflichten für Anwälte, die dem Interesse von Dritten - also nicht gegenüber dem Mandanten - dienen, z.B. zur Sachverhaltsrecherche, Offenlegung von Informationen in der zivilrechtfichen Mandatsausübung oder im Prozessrecht?

Abgesehen von den Geldwäscheregelungen sind keine solche Regelungen bekannt.

5. Regelungsbedarf

 Sind nach Ihrer Auffassung - bzw. der Auffassung Ihrer Organisation - weitere Regelungen oder Anstrengungen in Bezug auf Compliance in Anwaltskanzleien notwendig?

Momentan wird kein Regelungsbedarf gesehen.

Deutscher Anwaltverein / German Bar Association
Attorneys Dr. Margarete Gräfin von Galen, Dr. Marc Löbbe and
Dr. Anja Mengel, LL.M. (Columbia)
(Members of the DAV Committee for
Corporate Social Responsibility and Compliance)
21 October 2016



16th Berlin Conference of European Legal Professions 'Compliance in the Law Firm'

Compliance regulations for companies

 What role is played by compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) in your country?

Compliance plays a large role. Every company is required to work in compliance with the law. Depending on the size of the company, it is necessary to put more or less comprehensive rules in place to guarantee conformity with the law and to monitor them and train staff to comply with them.

All DAX companies, the majority of medium-sized companies and many small businesses engage with compliance and put compliance systems in place. For instance, No. 4.1.3 of the German Corporate Governance Codex (DCGK) states with regard to stock exchange listed companies, "The executive board must ensure compliance with legal provisions and internal company guidelines and will work towards compliance with them by affiliated companies (Compliance)". But there is also an increasing trend towards having compliance officers in the civil service and in NGOs. As well as a great many single publications, there are now journals and magazines dealing with compliance (for instance the Corporate Compliance Journal – CZZ). The profession of Compliance Officer has become established. Compliance officers have moreover organised themselves into professional associations such as the German Institute for Compliance (DICO), the Professional Association of Compliance Managers (BCM) or the Federal Association of German Compliance Officers (BFCO).

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

 What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.?

In Germany, the tasks mentioned as examples are typically undertaken not by external lawyers but by lawyers employed by the company, including many in-house lawyers, or by non-lawyers.

 How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house or staff lawyers and external lawyers? The duties in the company of compliance officers, money-laundering officers, etc. are typically undertaken by employees of the company. External lawyers are engaged as consultants with regard to structure and organisation and substantive legal requirements for compliance.

What role do staff lawyers play in compliance?

Staff lawyers (unternehmensinterne Anwälte) perform a wide variety of tasks in compliance departments or legal departments of companies. Because such a large number of tasks is involved we will not make a list of them here.

- How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel?
- Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

In-house lawyers (*Syndikusanwälte*) are subject to the lawyers' duty of confidentiality under professional rules, but have no right to refuse to testify, and breach of the duty of confidentiality does not render them liable to prosecution beyond sanctions possible under competition law. There are also duties of secrecy in relation to the company with regard to business and company secrets, breach of which may be prosecuted under competition law.

Only a person who presents confirmation by the employer that he or she is independent and as such is not subject to instructions in the exercise of his or her profession may be admitted as an in-house lawyer. In-house lawyers may represent their companies externally, but are not entitled to represent their companies in court in cases in which the company is obliged to be represented by an attorney (*Rechtsanwalt*). The admission of in-house lawyers as attorneys is an arrangement which has only recently been introduced in Germany.

Staff lawyers who are not in-house lawyers do not have to be independent of the company. They may at the same time, however, be admitted as independent attorneys; they are not, however, permitted to work in this capacity on behalf of the companies employing them.

3. Compliance rules for law firms

 Do the regulations regarding compliance in companies also apply to law firms or are there comparable regulations for law firms?

There are special conduct requirements in the Federal Lawyers' Act (BRAO) and the Rules of Professional Practice (BORA) for lawyers which (with limitations, see above) also apply to inhouse lawyers. In particular, there is a duty under Section 43a (2) BRAO and Section 2 BORA to maintain confidentiality. There are also specific rules relating to fiduciary transactions (Section 43a (5) BRAO and Section 4 BORA) and conflicts of interest (Section 43a (4) BRAO and Section 3 BORA). Breaches are subject to criminal prosecution (Sections 203 (1) No. 3 and 356 of the German Criminal Code - StGB). Specific regulations also (still) continue to apply for lawyer-notaries who are subject to the Federal Notaries' Act (BNotO).

General compliance regulations also apply as a matter of principle to law firms. These include in particular

- the Federal Data Protection Act (BDSG) with regard to compliance with data privacy,
- the Securities Trading Act (WpHG), especially Section 14 (1) of the WpHG former version in conjunction with Section 28 (1) No. 2 c) WpHG former version, now Section 38 (3) WpHT current version in conjunction with Art. 14 of the EU Market Abuse Regulation (Regulation (EU) No. 596/2014), with regard to the prohibition of insider trading,
- the Money Laundering Act (GwG), especially Sections 9 and 2 (1) No.
 7 GwG with regard to money laundering.
- Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers?

The conduct requirements and <u>special professional duties</u> to which lawyers are subject are set out in the Federal Lawyers' Act (BRAO). Section 43a BRAO, in this regard the central provision, provides, inter alia, for the requirement of independence, the duty of confidentiality, the prohibition of representing conflicting interests and the duty of care in dealing with clients' assets. These are specified in more detail and expanded in the relevant provisions of the Rules of Professional Practice. Accordingly, lawyers must also impose the duty of confidentiality on their employees (Section 2 regarding confidentiality, Section 3 regarding conflict of interests and Section 4 regarding dealings with clients' money and other assets). Under Section 5 [BORA] lawyers are obliged to fulfil the material, personnel and organisational prerequisites for the exercise of their profession at their office and branch office.

The prohibition of insider trading, now also regulated under the EU Market Abuse Regulation, may be understood as a special regulation for avoiding conflicts of interests and preserving independence. This is in addition to the generally applicable provisions of competition law, including prohibitions of cartels and corruption.

There are no explicit legal provisions regarding <u>IT security</u>; this is, however derived from the principles already mentioned, including in particular the duty of confidentiality in conjunction with the organisational requirements regarding the law firm.

In terms of data protection law, law firms are bound by the provisions of the Federal Data Protection Act (BDSG). Under Section 9 BDSG, technical and organisational measures necessary for compliance with the provisions of the Data Protection Act must be taken. This could create a tension between data transparency and the professional rules requiring confidentiality; as a matter of principle, Section 1 sentence 2 BDSG resolves this tension in favour of confidentiality.

 For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes? Under Section 4f BDSG, a <u>data protection official</u> must be appointed by law firms, too, when at least ten persons are permanently employed for the automatic processing of personal data or at least twenty persons are employed for collecting, processing or using data by other means. This data protection official must possess the specialised knowledge needed and demonstrate the necessary reliability and may – notwithstanding the conflict with professional secrecy – also be a person outside the company. Such an 'external data protection official' is also subject to the duty of confidentiality, breach of which is subject to criminal prosecution under Section 203 (1) No. 7 StGB.

Law firms with more than thirty professional partners or associates must also, under Section 9 (4) of the Money Laundering Act (GwG) in conjunction with an Order issued by the Federal Bar Association, appoint a money laundering officer if the firm is regularly involved in corporate acquisitions or real estate or financial transactions.

Under Section 5 of the Health and Safety at Work Act (ASiG), an internal or external <u>health</u> and safety specialist may be appointed as needed. The safety officer who has to be appointed under Section 22 of the Seventh Book of the German Social Code (SGB VII) if more than twenty persons are regularly employed has similar duties.

 Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules?

As the rules of professional practice for lawyers and also non-legal staff in law firms are very wide-ranging, there is no mandatory need for compliance agreements relating to individual law firms. In addition, such agreements would have to be agreed individually with each employee. There are no works agreements and collective bargaining agreements, such as often apply in other companies and workplaces, in law firms, which as a rule have no works council and are not bound by collective agreements.

Account is of course taken of statutory requirements regarding for instance entering into confidentiality agreements and keeping insider lists.

Are these public?

If compliance arrangements are agreed, they are not publicly available.

What rules do they typically include?

The range of possible compliance content is broad and may for instance include provisions regarding confidentiality and secrecy – even over and above statutory requirements, dealings with the press, general rules of conduct (e.g. dress code, bans on smoking and the consumption of alcohol and drugs, or refraining from political activities in the workplace) or use, including private use, of telecommunication systems (telephone, Internet and e-mail, and, in particular, IT security).

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

 Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such?

EU money laundering legislation is not a 'Regulation' but a Directive, which means that duties to report suspicions of money laundering come under arrangements under national law.

As a matter of course, attorney-client privilege prohibits the lawyer from reporting to third parties, including the authorities, breaches of the law committed by a client or an employee of which the lawyer becomes aware in the course of carrying out a brief. The lawyer is not in any special position regarding the reporting of breaches of the law committed by third parties, nor does the lawyer have any reporting duties beyond those of any other citizen. The Criminal Code stipulates the cases in which all citizens are duty-bound to report criminal offences being planned by a third party and are liable to prosecution if they fail to do so (Section 138 StGB); Section 139 StGB excludes lawyers from this under certain conditions. Nobody must report a crime in Germany that has already been committed.

How are these duties implemented in law firms?

There are no specific provisions in this regard. Since lawyers are only obliged to report crimes in extreme exceptional instances, there is no need for statutory regulation of this. Every lawyer (and every employee of a law firm) must know and comply with attorney-client privilege; law firm staff are frequently instructed in this when they join the firm.

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the
interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of
a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters
or in procedural law?

Apart from money laundering provisions, we are not aware of any such arrangements.

5. Need for regulation

 In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

At the present time we see no need for regulation.

FINNLAND

16th Berlin Conference of European Legal Professions

"Compliance" in the Law Firm

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

Compliance in Finland is naturally most emphasized in heavily regulated sectors, such as banking and finance, pharmaceutical industry and health care, but also the more general impression on the market is that boards and management of companies have become more aware and cautious of reputation and compliance risks. These attitudes are reflected in increased investments in risk and compliance staff.

Compliance is also highlighted in publicly listed companies for example due to the Finnish Corporate Governance Code administered by the The Finnish Securities Market Association (arvopaperimarkkinayhdistys), which concerns also compliance issues and their structural management within a company.

Apart from certain sector-specific rules and said rules and recommendations for publicly listed companies, there are not that many statutory or self-regulatory rules concerning how compliance matters should in practice be dealt with in terms of organizational and structural measures.

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house and external lawyers?

A law degree is often required of compliance officers and data privacy officers.

There are no legal requirements set for the division of work between in-house and external lawyers in regard to compliance related matters. Compliance tasks are typically undertaken by in-house lawyers (and other compliance staff), whereas external counsel is brought in to assist in-house counsel when the matter requires independence and/or specialized expertise.

The upcoming general data protection regulation and its requirement of appointing data protection officers might introduce some changes to this traditional division of work, as some companies might opt for outsourcing this task to law firms.

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

There are no statutory or self-regulatory requirements regarding for example to whom in-house lawyers carrying out compliance tasks should report to within the company (e.g. management or the general counsel) or how the tasks should otherwise be organized e.g. in relation to other legal affairs or internal auditing of the company. Similarly, there are no explicit rules about what duties in-house lawyers can or cannot undertake, but as an employment relationship by default deprives the in-house lawyer of his independence from his employer, some compliance tasks need to be left for external counsel.

Testifying: In-house lawyers do not have a general right to refuse to testify regarding their employer's matters, apart from business secrets. However, information obtained by in-house lawyers in their capacity as attorney or counsel of the employer in legal proceedings appears to be protected, although this has not been confirmed in case law.

Duty of confidentiality: There are no general statutory confidentiality obligations for in-house lawyers, but confidentiality obligations are almost invariably imposed contractually.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Insofar as relevant "general" legislation/regulation exists, it is applicable to law firms as well, but compliance requirements and practices are mostly derived from the Finnish Bar Association's self-regulation.

The Finnish Bar Association's Code of Conduct for attorneys-at-law and related guiding documents set out a number of requirements and principles regarding e.g. anti-money laundering, confidentiality and IT-security for members of the bar and their staff.

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

FBA's code of conduct and other publications require that adequate processes and practices are employed to ensure compliance for example in regard to antimoney laundering and other areas, but they mostly leave the practical measures to be taken to firms' own discretion.

For example, the information security guideline of FBA requires that "clear instructions and practices exist within the firm" in relation to handling and saving client related material and that access to such material is limited to those persons who actually need the information in carrying out their work.

The Board and the Disciplinary Board of the Finnish Bar Association actively supervise advocates' compliance of said rules.

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

In general: At least larger law firms often have their own rules, but they are not usually public.

At DLA Piper: There are established policies, guidelines and procedures regarding e.g.: Conflicts of Interests; Anti money Laundering and Counter Terrorist Financing; Anti Bribery and Corruption, Whistle blowing, Securities Dealing (Insider information), Information Security and Confidentiality. We also have designated local persons responsible for ensuring compliance of such rules and practices.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

Chapter 15, section 10 of the Finnish Criminal Code (Rikoslaki 39/1889) lays down a duty to report to authorities or to the person in danger a serious offence the preparation of which the person with the duty to report has knowledge of.

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

The duty of loyalty towards the client usually extends pretty far and advocates are not generally required for example to confirm the correctness of information obtained from their clients. Likewise, an advocate is not obligated nor entitled to present evidence or information detrimental to the client against the client's wishes, unless obligated to do so by law. An advocate's right/obligation to refrain from testifying can only be lifted in exceptional situations set out in the Code of Judicial Procedure (Oikeudenkäymiskaari 4/1734). Also, advocates' duty to refrain from testifying may cover not only sensitive information of the client, but of others as well if the information has been obtained in connection with tasks relating to legal proceedings.

In proceedings before a court, a lawyer may not make statements that he/she knows to be untrue, nor contest information that the attorney knows to be true.

The Code of Conduct of the Finnish Bar Association imposes certain other responsibilities for advocates in relation to the opposing party of their client, the judiciary and colleagues. An advocate is obligated for example to refrain from inflicting undue pressure onto the opposing party or misinforming them.

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

Statutory laws as well as regulation and supervision by FBA in regard to advocates' duties are extensive enough as they are, and needs for further regulation are difficult to identify.

In Finland the circle of lawyers who are allowed to represent their clients in court proceedings is not limited to advocates. A few years ago non-advocate attorneys and counsel were not subject to any license formalities or FBA's regulation and supervision, which to some extent left some grey areas to such lawyers' professional obligations. This was however changed when a license system was introduced in 2014 and licensed legal counsel were brought under the supervision of FBA.

Esa Salonen Partner, Attorney at Law



DLA Piper Finland Attorneys Ltd Fabianinkatu 23 FI-00130 Helsinki Finland www.dlapiper.com

FRANKREICH

- 1. Compliance plays an increasingly important role in France. Originally limited to financial institutions, the scope of compliance obligations has gradually been extended as the relevant EU directives were implemented in France. Lately, France has again increased the pressure on companies by adopting specific anti-corruption rules inspired by the UK bribery act. All companies with a turnover above €100m must now implement anti-corruption programmes and a specific administrative agency has been set up to control these programmes.
- 2. Traditionally, the compliance function on France was not entrusted to in-house lawyers but to a separate internal unit staffed by compliance officers. The position has now evolved as law schools have put together specialised master degrees designed to train lawyers in this specific field. Most of the compliance work is still handled in-house, external lawyers being called upon in the most complicated cases or if the matter turns litigious. In-house lawyers do not enjoy any of the protections given to external lawyers (legal privilege etc.) and are not regulated. As such, they are not subject to any specific duty enforced by a supervising authority.
- 3. There are specific regulations for law firms. Law firms are regulated by the Bars which have specific rules regarding compliance and prevention of conflicts of interest. In addition, law firms are subject to AML requirements, IT and data protection laws as well as IT security. Only large firms have their own sets of rules and it is not customary for small to mid-size firms, which are the vast majority of law firms in France, to have such rules.
- 4. Lawyers are not under a duty to report breaches of law. The Paris Bar recently adopted rules regulating admitted lawyers carrying out internal investigations. No other duties as described in the question exist in France.
- 5. No.

GROSSBRITANNIEN: ENGLAND UND WALES

16th Berlin Conference of European Legal Professions "Compliance" in the Law Firm

Introduction

Once again, we thank the Berliner Anwaltsverein for the interesting and challenging questions that have been posed this year.

From the title, Compliance in the Law Firm, we have worked on the basis that Questions 1, 3 and 5 focus on compliance obligations on the legal profession, and not on more general corporate compliance responsibilities. Even so, there are several strands to the Answer to each Question. Lawyers in England and Wales can be broadly categorised as being barristers or solicitors (notaries are not frequently encountered) and, whether barristers or solicitors, as being in private practice, or as being employed in-house as corporate Counsel.

The 'traditional' model for those in private practice has been for solicitors to carry on business as a sole practitioner (now increasingly rare), or within a firm or partnership, and for barristers to work as sole practitioners within the organisational structure of a set of Chambers.

The picture that has developed over the last quarter-century in England and Wales is, however, more complex. Solicitors' law firms are now often established as limited liability partnerships (LLPs) or companies (LLCs).

Sets of Chambers will usually carry out their administrative functions through a corporate entity. Sole practitioner barristers in private practice can set themselves up as a regulated entity, and can enter into alternative business structures (ABSs), either between themselves or in conjunction with a solicitor or other professional (e.g., an accountant) to provide professional services through such a structure.

The compliance obligations vary.

We will do our best to be accurate, but this is a technical and complex area on which specific advice should be sought in relation to any particular issue or question. The contents of this paper are designed to give a broad overview of the topic and should not be regarded as giving any legal advice.

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

Compliance, i.e., the regulation of legal professional services, plays an important role in England and Wales.

The principal legislative provisions are now contained in the Legal Services Act 2007 (having previously been contained in the Courts and Legal Services Act 1990). The 2007 Act is extensive, running to 214 sections, and 24 Schedules. Definitions relevant to the regulation of the legal profession are set out in ss. [3], [20] and [21] of the 2007 Act. Part 4 of the 2007 Act (ss.[27]-[70]) is concerned with the "regulation of approved regulators", which provisions are supplemented by Schedule 4 to the Act.

The legal profession in England and Wales is a 'split' profession with two main components (i) solicitors and (ii) barristers. At present, each component has its own regulator; respectively, the Solicitors Regulatory Authority (SRA) and the Bar Standards Board (BSB). Those segment-specific regulators operate under the aegis of an over-arching regulator, the Legal Services Board (LSB). The policy has been for "light touch" regulation, where as much of the regulatory function as possible is devolved to the sector regulators, the BSB and the SRA.

There are recent proposals for change. The trend is for regulation to move away from being sectoral, to a more risk-focused, objectives-attainment approach. That trend is reflected in two recent LSB publications:

- Evaluation: Changes in the legal services market 2006/07 2014/15 Main report
 An analysis of market outcomes associated with the delivery of the regulatory objectives, July 2016;
- A vision for legislative reform of the regulatory framework for legal services in England and Wales, September 2016

We will discuss the main conclusions of those publications orally at the Conference.

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g., data privacy officers, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house and external lawyers?

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

Corporate compliance has become a specialism in its own right in the UK. The job of being a compliance officer is not one reserved to lawyers. Experience and specialist knowledge of the sector involved, e.g., financial services, are more important attributes. By way of example, we have set out two recent job descriptions for compliance officers; see, as regards required qualifications the yellow highlights.

Compliance officers will report to and work with the Chief Compliance Officer (see green highlights, below). The Chief Compliance Officer need not be a lawyer, but will be responsible for taking legal advice (either in-house or from external Counsel) on key issues and compliance principles.

Job Description

Our Compliance department is seeking an individual to serve as a Compliance Officer in our London Office. The Compliance Officer will assist in the implementation of a world-class compliance platform, including:

- Providing training, oversight and support to the international service teams in the region
- · Responding to daily questions from the service teams and experts
- Participating in conversations with and presentations to clients
- Providing thoughtful, consistent application of company policies and procedures and recognizing when to escalate key issues to the Chief Compliance Officer
- Working in a fast paced environment
- · Participating in compliance monitoring and surveillance
- Reviewing and evaluating compliance issues
- Maintain effective communication on compliance policies and issues
- · Engaging in special projects as directed

Candidate Profile

Motivated, Independent, Organized and a Seasoned Professional. The successful candidate will be able to articulate compliance decisions and policy in clear, effective communication with colleagues and senior management.

Qualifications

- Bachelor's Degree
- 5+ years (preferred) of compliance related experience
- Exceptional analytical skills and decision making capabilities
- · Excellent verbal and written communication skills
- · Ability to work independently and yet remain team-oriented
- · Ability to multi-task and ensure deadlines are met
- Experience using compliance search tools

Required skills

- Compliance
- Compliance Monitoring
- Financial Services

UK Compliance Officer

London

- Investment Banking
- London based

About Our Client

Our client has a broad product offering ranging from sales and trading of structured fixed-income products, U.S. Treasury and agency securities, municipal bonds, high yield and emerging markets securities, equities and real estate.

Job Description

The UK Compliance officer will have the opportunity to manage a range of compliance policies and procedures and support all compliance controls in the London office. In addition, the role will be responsible for evaluating risk, collaborating with the Chief Compliance Officer on compliance principles, acting as AML officer, and communicating with senior level management to identify high risk dealings and procedures.

The Successful Applicant

The UK Compliance Officer should have the following skill set:

- University decree
- Past career background in broker-dealer compliance
- Excellent knowledge of ECA and PRA sales and trading rules and regulations
- Strong communication and organisational skills
- Ability to take initiative and be responsive to client needs

The latter questions under this heading invite comments about the ability of compliance officers to refuse to testify, and about their duties of confidentiality.

Compliance officers are competent and compellable witnesses in England & Wales. As employees, compliance officers will owe duties of good faith and fidelity to their employer, which will include a general obligation to preserve business secrets, know-how and confidential information. Those duties can be overridden by statute or court order. Such employees will not, however, usually be able to claim either legal advice or litigation privilege. That being so, it would be sensible for a compliance officer to refer any potentially litigious issue to corporate in-house Counsel or external legal advisers promptly.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g., data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

Is it usual for, for instance (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

Barristers are regulated by the Bar Standards Board (BSB). Solicitors are regulated by the Solicitors Regulatory Authority (SRA). Both the BSB and the SRA are subject to the overriding regulation of the Legal Services Board (LSB). Regulation of the legal profession in England and Wales is, therefore, sector-specific.

Data privacy is an important requirement for lawyers. The BSB has provided the following Confidentiality Guidance for barristers:

Maintaining confidentiality

Concern has been expressed that the profession is not taking its responsibilities to protect confidential client data and confidential financial data of members of Chambers sufficiently seriously.

Examples have been given that client papers and Chambers' data are not being disposed of securely and are simply being discarded in waste paper baskets within Chambers.

The Bar Standards Board would like to remind barristers that all client communications are privileged and that such communications, client information and Chambers confidential data (financial or otherwise) must be stored, handled and disposed of securely.

Attention in particular is drawn to Core Duty 6, Rule C5 and Rule C15.5 of the BSB Handbook, which require barristers to preserve the confidentiality of the client's affairs. Any barrister who does not adhere to this by, for example, allowing other people to see confidential material, losing portable devices on which unprotected information is stored, or not disposing of client papers securely could face disciplinary action by the Bar Standards Board.

Barristers are data controllers under the Data Protection Act and must comply with the requirements of the Act in handling data to which that Act applies.

Barristers are responsible for the conduct of those who undertake work on their behalf and are advised to ensure that clerks and other Chambers' staff are aware of the need to handle and dispose of confidential material securely. Chambers must have appropriate systems for looking after confidential information.

In making arrangements to look after the information entrusted to them, barristers should seek to reduce the risk of casual or deliberate unauthorised access to it. Consideration needs to be given to information kept in electronic form as well as on paper. The arrangements should cover:

- The handling and storage of confidential information. Papers should not be left
 where others can read them, and computers should be placed so that they
 cannot be overlooked, especially when working in public places. When not
 being used, papers should be stored in a way which minimises the risk of
 unauthorised access. Computers should be password protected.
- Suitable arrangements should be made for distributing papers and sending faxes and emails.
- Particular care should be taken when using removable devices such as laptops, removable discs, CDs, USB memory sticks and PDAs. Such devices should be used to store only information needed for immediate business purposes, not for permanent storage. Information on them should be at least password protected and preferably encrypted. Great care should be taken in looking after the devices themselves to ensure that they are not lost or stolen.
- When no longer required, all confidential material must be disposed of securely, for example by returning it to the client or professional client, shredding paper, permanently erasing information no longer required and securely disposing of any electronic devices which hold confidential information.

Additional safeguards will need to be put in place for particularly sensitive information, or for cases in which Counsel from the same Chambers are appearing on opposing sides.

As can be seen from the Guidance provided, barristers (particularly those who are self-employed) are "data controllers" within the meaning of the UK Data Protection legislation. Thus, barristers act as their own data privacy officers. Barristers are also responsible for the actions of others, e.g., clerks, on their behalf.

Most, if not all, Chambers have their own internal information security and privacy policies. Many Chambers publish those policies on the Internet (readily available on searching for "barristers + "privacy policy"")

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties; i.e., not vis-à-vis the client, e.g., to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

The Bar of England and Wales is often described as being a "referral" profession because cases are referred to us by other professionals, notably solicitors (though referrals can also be made by accountants, surveyors etc.). There are exceptions, the major one being acceptance of instruction on a "public access" basis. We will comment briefly on both situations.

When providing professional services on a referral basis, a barrister has the added comfort that s/he is not the primary point of contact with the client. Requirements of client due diligence, know your customer ("KYC") and anti-money laundering (AML) checks will, therefore, have been carried out by that point of contact, usually a solicitor. Barristers must, nonetheless, be vigilant, especially if providing legal advice (as opposed to legal representation in court or arbitral proceedings).

The Bar Standards Board has provided written guidance for barristers providing legal services under the public access scheme, see *The Public Access Scheme Guidance for Barristers* (January 2016). The main points of which barristers should be aware are set out in ¶¶[73]-[76] of the Guidance:

Money laundering and proceeds of crime

- 73 The Bar Council has produced detailed briefings on the Money Laundering Regulations 2007 and the Proceeds of Crime Act 2002.
- 74 The Money Laundering Regulations apply to barristers who are asked to advise at the planning or execution stage in transactions which involve either:
 - 1. the buying or selling of real property or business entities;
 - the creation, operation, or management of trusts, companies or similar structures.
- 75 The requirements upon barristers who conduct relevant business can be summarised as:
 - Customer due diligence e.g. (i) identifying the client or beneficial owner prior to the establishment of the business relationship, or the execution of the transaction, (ii) obtaining information about the business relationship or transaction, (iii) monitoring the business relationship on an ongoing basis.
 - Record keeping procedures records of all relevant transactions and evidence
 of client identity must be maintained for five years from the date on which the
 last transaction was completed.
 - Procedures to forestall money laundering, and training staff all barristers and sets of Chambers who undertake work within the ambit of the Regulations should have in place and operate general systems and procedures for ensuring

compliance with the Regulations. This includes training staff on the law relating to money laundering/terrorist financing and on how to recognise and deal with transactions and other activities which may be related to money laundering/terrorist financing.

76. The POCA makes it an offence to enter into or become concerned in an arrangement which you know or suspect facilitates (by whatever means) the acquisition, retention, use or control of criminal property by or on behalf of another person.

A barrister does not owe a contractual duty or a duty of care to a third party.

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

The complacent – and incomplete - answer would be "No".

We note that the question contains two elements: "is more regulation required?" and is more effort in relation to compliance required?"

In amplifying on the first question, we would point to the changing trend in regulation already noted above in answer to Question 1. We are not in a position to express an opinion on whether what is proposed is *more* regulation, or just *differently-focused* regulation. Nor, beyond saying that we regard ourselves as already being well regulated, would we venture to say that any proposed change is *required* (which might suggest some inadequacy in the existing regulatory regime, which we do not perceive).

So, our more complete answer to the first question is a qualified "No". We see no glaring inadequacy in the present regulatory provisions and, as such, cannot identify a *requirement* for *more* regulation. That said, the regulation of professions is a dynamic, changing and evolving topic. We have an open mind as to how it can be improved.

The answer to the second question must be a qualified "Yes". Data privacy and information security are important subjects. It is always salutary to remind oneself of those obligations. We can all make more effort in relation to compliance, as the news report, below, makes clear:

Information Commissioner 'sounds the alarm' on data breaches within the legal profession

05 August 2014

The Information Commissioner's Office (ICO) is warning barristers and solicitors to keep personal information secure, especially paper files. This follows a number of data breaches reported to the ICO involving the legal profession.

The ICO can serve a monetary penalty of up to £500,000 for a serious breach of the Data Protection Act provided the incident had the potential to cause substantial damage or substantial distress to affected individuals. In most cases these penalties are issued to companies or public authorities, but barristers and solicitors are generally classed as data controllers in their own right and are therefore legally responsible for the personal information they process.

In the last three months, 15 incidents involving members of the legal profession have been reported to the ICO. The information handled by barristers and solicitors is often very sensitive. This means that the damage caused by a data breach could meet the statutory threshold for issuing a financial penalty. Legal professionals will also often carry around large quantities of information in folders or files when taking them to or from court, and may store them at home. This can increase the risk of a data breach.

Information Commissioner, Christopher Graham, said:

"The number of breaches reported by barristers and solicitors may not seem that high, but given the sensitive information they handle, and the fact that it is often held in paper files rather than secured by any sort of encryption, that number is troubling. It is important that we sound the alarm at an early stage to make sure this problem is addressed before a barrister or solicitor is left counting the financial and reputational damage of a serious data breach.

"We have published some top tips to help barristers and solicitors look after the personal information they handle. These measures will set them on the road to compliance and help them get the basics right."

The ICO has published the following top tips to help barristers and solicitors keep the personal information they handle secure.

- Keep paper records secure. Do not leave files in your car overnight and do lock information away when it is not in use.
- Consider data minimisation techniques in order to ensure that you are only carrying information that is essential to the task in hand.
- Where possible, store personal information on an encrypted memory stick or portable device. If the information is properly encrypted it will be virtually impossible to access it, even if the device is lost or stolen.

- When sending personal information by email consider whether the information needs to be encrypted or password protected. Avoid the pitfalls of autocomplete by double checking to make sure the email address you are sending the information to is correct.
- Only keep information for as long as is necessary. You must delete or dispose
 of information securely if you no longer need it.
- If you are disposing of an old computer, or other device, make sure all of the information held on the device is permanently deleted before disposal.

The ICO is currently working with The Bar Council to update the Information Security Guidance provided to Barristers in England and Wales.

The ICO website includes further guidance on the security measures that should be in place when handling personal information. The ICO has also published a blog explaining the importance of encryption and the options available to barristers and solicitors who need to encrypt their data.

<u>ITALIEN</u>

1. Die Compliance hat eine sehr wichtige Rolle in Italien, mit mehreren Gesetzen; unter denen das Wichtigste das Legislativdekret Nr. 231 vom Jahre 2001 über die strafrechtliche / administrativen Haftung von Unternehmen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir Ihnen in der Anlage eine kurze Slide -Präsentation zu übermitteln, die ich den Kollegen aus den Anwaltskammern Frankfurt und München schon vorgestellt habe.

2. Die Vorschriften über die anwaltliche Tätigkeit in Italien zwingen Anwälte zu überprüfen, ob Unternehmen (Mandanten) die Gesetze folgen, speziell im Fall der "Geldwäsche".

Es ist sehr selten, dass Anwälte Compliance Officer oder andere technische Aktivitäten im Unternehmen aufnehmen, während es öfters passiert, dass Anwälte aufgefordert werden, von außen als Berater in dieser Hinsicht zu intervenieren (also nur mit Risiko der Haftung als rechtliche Berater).

Italien kennt keine besondere Unterscheidung (es gibt einige Limitierungen, aber nicht so vehement!)zwischen internen und externen Anwälten (Syndikus) und die o.e. "anwaltliche" Regeln gelten für alle identisch.

3. Man kann sagen, dass auch in Italien alle Vorschriften über Compliance für Anwaltskanzleien und individuelle Anwälte gelten. Auch der Interessenkonflikt ist verboten, sodass alle Vorschriften, die Sie in diesem Punkt erwähnt haben, finden Anwendung.

Für verschieden diverse Gesetzte (speziell diejenige bezüglich der Sicherheit auf dem Arbeitsplatz) gibt es mögliche Kontrollpersonen; diese sind nicht obligatorisch; der Anwalt darf auch alles alleine tun und sich selbst als Kontrollperson benennen (mit allen diesbezüglichen Risiken).

Compliance-Regeln von Kanzleien sind zum Teil üblich und nicht öffentlich; diese enthalten alle Vorschriften für den besten Schutz der Mandanten und sehen in einige Fälle auch vertragliche Poenalen für Rechtsanwälte vor, die diese Regeln nicht korrekt anwenden.

4. Die Hauptregel zur Anwendung der EU Regel bezüglich Geldwäsche sieht vor das der Anwalt einen hypothetischen Missbrauch des Mandanten der eignen Ra.Kammer mitteilen muss; diese bewertet den Fall und entschiedet sodann ob dies der zuständigen Behörde mitgeteilt werden muss.

Dies verbietet aber nicht die Anwälte die sogenannte notitia criminis sogleich dem zuständigen Amt (Staatsanwaltschaft) mitzuteilen.

Es besteht in Italien für Anwälte die Verpflichtungen gegenüber dem Richter (und damit im Wesentlichen an Dritte und der Öffentlichkeit) immer echte Fakten mitzuteilen; im Mangel spricht man von "Verfahrens – Untreue", die zu einem Schadensersatzanspruch seitens Dritten, sowie (im schlimmsten Falle) zur Löschung von der Ra.Kammer führen kann.

5. Persönlich glaube ich nicht, dass andere Vorschriften für Anwälte in Italien (zum Thema compliance) notwendig sind.

ITALIEN

Administrative / Strafrechtliche
Haftung von Gesellschaften in deutsch
italienischen Geschäftsbeziehungen
Legislativ Dekret 231/2001



Desilian – <u>wow desilon my</u> Stano (im) – Yis Fortison ib <u>sint/Scheniton eu</u> Vel. (00201-02 55150121



Martin Card

ÜBERBLICK

- Einblick ins ital. strafrechtlichen System das Dekret 231/01
- Rechtliche Baukriterien; Auswirkungen Entwicklungen und Anwendungen
- Straftatenkatalog
- Die Rechtsfolgen und die verschiedenen Strafen
- Ausschluss der Haftung Voraussetzungen der Compliance Programme, sog. "Mode#I Organizzativi di Gestione" (MOG) und Aufsichtsrat (sog. "ODV")
- Die Risiken f
 ür deutsche Unternehmen in Italien



April, Marile Desail Marile of Land Williams and Desail, No. 1, where the Albert on

DIE ENTSTEHUNG



 "OCSE Übereinkommen zur Bekämpfung der ausländischen öffentlichen Beamten-Korruption in internationalen ökonomischen Geschäften", Paris, 17. Dezember 1997 - Italien mit Gesetz N. 300 vom 29 September 2000 aufgenommen



"Internationales Übereinkommen zur Beklimpfung der Finanzierung des Terrorismus", New York, 9. Dezember 1999 – Italien mit Gesetz N. 7 vom 14 Januar 2003 sufgenommen



Amerikania (bani Malayan) amerikania Danib Mili - Malayan daniban da

VERANTWORTLICHKEIT DES UNTERNEHMENS



Der strafrechtlichen Hattung der Täter

WIRD HINZUGEFÜGT

die verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit ("Responsabilità Amministrativa") von juristischen Personen und sonstigen Personenverbände ("Enti") auch ohne juristische Person, die ein Interesse oder Vorteil aus der strafrechtlichen Handlung erhalten



Pers. Marke Cond Market and Milkeless Cond. or a reparate literature

VERANTWORTLICHKEIT DES UNTERNEHMENS



- Faktisch entspricht diese einer strafrechtlichen Haftung für das Unternehmen:
- "Societas delinquere potest"
- Prozessual werden die Vorschriften des ital. Strafprozesses angewendet
- Zwang der Strafverfolgung mit "notitia criminis" in Italien



شده الأسمة (حسا الأطاب بالإسراب (حسا (عمال عبار - سالة بالمنافعة)،

OBJEKTIVE ZURECHNUNGSKRITERIEN

A) Mitarbelter mit Leitungsfunktionen ("Soggetti con Funzioni Apicali")

Diejenige, deren Aufgabe die Vertretung, Leitung und Verwaltung des Unternehmens ist



B) Untergeordnete ("soggetti sottoposti all'altrui direzione")

Diejenige die unterstellt sind und eine Überwachung unterliegen, z.B. leifende Angestelke, Angestelke, auch axterne Beruter

C) Interesse oder Vorteil des Unternehmens

"Interesse" ist das subjektive Ausstreben eines wirtschaftlichen Nutzen zugunsten des Unternehmens; "Vorteil" ist dessen tatsächliche Erreichung



Aura, Marsin Dappi Martineral saipii (Mirani-aura Daniil Liiv - Irretakin aliannasa

SUBJEKTIVE ZURECHNUNGSKRITERIEN



Organisationeverschulden

Der Titter hat eine Im Katslog erhaltenen Straftat begangen und der Staatsanwalt bewertet, dass die Straftat durch Organisationsverschulden verursacht wurde

- Weder die fehlende identifizierung des Tähre, noch dessen mangeinde strafrechtliche Verantwortfichkeit ("Impetabilitä") schließen diese Unternehmenshaltung pus
- Compliance Programme Organisationsverschuldene

ZUM ALI

Ausschluss

des



Are Mary Chai Marina and Mileston Chairm - was maken a

AUSSCHLUSS DER HAFTUNG

Ausgeschlossen von dieser Haftung bleiben nur:

- -Der italienische Staat
- -Andere Gebietskörperschaften (2.B. öffentlich-rechtliche Verbände), ohne Erwerbzweck



 Aber (Kapital)Gesellschaften mit Beteiligung im Eigentum der öffentlichen Hand <u>sind</u> nicht ausgeschlossen



yları, bişariş Casal Mərlərini dəyə paşimadır. Oyunluşur — warandır. Mərlərini

RECHTSFOLGEN

Die Verwaltungssanktionen ("Sanzioni Amministrative") sind kumulativ anwendbar und können im Extremfall die Existenz des Unternehmens gefährden

- -Geldbußen (in Satzzahlen) mit diversen Minderungsgründen
- Verbotssanktionen abgestutte T\u00e4tigkelteverbote
- -Einzlehung und Beschlagnahme
- -Veröffentlichung des Urteils





GELDBUSSE

- Bei "Katalogtaten" verhängt stets der Richter eine Geldbuße, die in Satzzahlen ("quote") bemessen wird
- Setzzehlen: Minimum 100; Maximum 1.000
- Minimum Betrag des Setzes 258 Euro; höchster Betrag des Setzes 1.549 Euro
- Wenn das Unternehmen wogen mehrere "Katalogisten" verurteilt wird, kann die h\u00e4chste Geidbuße auch 3 Fach erh\u00f6ht werden



- Minderungsgründe können Geldbusse um 1/3 bis 1/2 reduzieren (jedenfalls nicht venigerals 10.330 Euro)
- Minderungsgründe sind Schadenersetz und Schadenwiedergutmachung, sowie Einführung eines gesigneten Compliance Programm zur Prävention



riere, filosofo Charl Phillipped hand Millionium Chall.httr — www.elechiograp.p.,

VERBOTSSANKTIONEN

Verbotssanktionen sind anwendbar wenn die Anknüpfungsstraftat folgende Voraussetzungen hat:

- -Im Katalog ist
- Durch ein Mitarbeiter mit Leitungsfunktion, oder durch eine untergeordnete Person begangen ist
- -Schwerwiegende Mängel des Compliance System bestehen
- -Das Unternehmen ein (erhabliches) Gewinn erzielt



Oder im Falle von wiederholte "Katalogstraftaten" (innerhalb von 5 Jahren)



day, Marie Carri Matterd and Militarian Carris, pp. - Water Militarian

VERBOTSSANKTIONEN

Die Haupt-Verbotssanktionen sind:

- -Verbot der Ausübung der Unternehmens-Tätigkeit
- Aussetzung oder Wiederruf von Genehmigungen, Lizenzen oder Konzessionen
- -Verbot von Vertragsbeziehungen mit der öffentlichen Verwaltung
- Ausschluss der Erlangung von Erleichterungen, Finanzierungen, Beiträgen und Subventionen und deren Widerruf
- Verbot der Bewerbung von Gütern und Dienstleistungen



riero, Marrie Cond Married view Internation Depth von - revendentiers and

BESCHLAGNAHME - EINZIEHUNG

- Beschlagnahme

Der Staatsanwalt kann präventiv (vor dem Urteil) die Beschlagnahme des Wertes oder des Gewinns aus der Straftat zu Gunsten des Staates "blockieren"



Einziehung

Mit Urteil wird immer die Einziehung des Wertes oder des Gewinns aus der Straftat vorgesehen



VERJÄHRUNG



- Grundsätzlich 5 Jahren nach Vollendung der "Katalogstraftat"
- Hemmung der Verjährung durch Anfrage von vorübergehende Verbotssanktionen und Vorhaltung des Rechtsverstoßes
- Die abweichende Regelungen des Ital. StrGB sind anwendbar



Arra, Marria Cand Madriar a sand Miller Arra Dutally, and a service of property

COMPLIANCE PROGRAMME

Das Unternehmen kann das Organisationsverschulden ausschließen, wenn es nachweisen kann dass:



- ein geeignetes "Modello Organizzativo di Gestione "sog. MOG" eingeführt und effektiv umgesetzt wurde
- Das MOG tatsächlich geeignet ist, die im Katalog erhaltenen Straftaten zu verhindern
- Der T\u00e4ter das MOG in betr\u00fcgerischer Weise umgangen hat
- Ein Überwachungsorgan ("Organismo di Vigilanza". sog. ODV)
 für die Einhaltung des MOG emannt und operativ ist
- Die Überwachungspflichten eingehalten wurden und das Überwachungsorgen die notwendige informationen erhält



Art. Mare Cari Malard and Miledon Saft ar - processories as

ORGANISATIONSMODELL "N

Das Modell kann die Administrative Haftung ausschließen, wenn es:



- Individueil und spezifisch für das Unternehmen, seine Geschichte und seine Bereiche aufgebaut wurde
- Effektiv ist (alle Mitarbeiter sind ausreichend ausgebildet)
- Effizient ist (mit disziplinäre Konsequenzen)
- Dynamisch ist und stets an die interne und externe Änderungen des Unternehmens adaptiert wird



Arry, Marrie Carol Michigani Jamil Wilandinas Chaidh din — michalandinas ma

ÜBERWACHUNGSORGAN "O.D.V."

wurde mit DLgs 231/2001 eingeführt, mit der Aufgabe ständig über die effektive Durchführung des Models und sein Bezug auf das Unternehmen zu überwachen

Das ODV muss

- Unabhāngig;
- -Selbstständig;
- -Professional) sain und
- Seine Überwachungsaufgabe mit Kontinuität durchführen.



100 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 1200 | 120

ÜBERWACHUNGSORGAN "O.D.V."

- In kleinerer Unternehmen kann das ODV monokratisch sein (Art. 6, IV Absatz).
- Aber bei mittlere und größere Unternehmen, sieht die Rechtsprechung vor, dass das ODV kollegial, mit interne und externe Zusammensetzung sein kann.
- Das ODV muss reine Überwachung- und Kontrollfunktionen haben (keine Interventionskraft und nicht operativ).
- Das ODV muss seine Aufgaben selbstständig, mit eigenem Budget führen.
- Das ODV sorgt, dass die Kommunikation und die Ausbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte im Unternehmen effektiv ist



Form Marks Cond Marks and Minds Depth are a separate of the con-

ÜBERWACHUNGSORGAN "O.D.V."

Haftung der ODV:

- -Keine Haftung für die durch das Unternehmen begangene Straftaten (keine operative oder Führungsaufgabe)
- Professionelle Haftung (nur wegen Vorsatz und grobe Fahrtässigkeit)
- -Haftung für Verletzung des Antigeldwäschegesetzes

eis:

Praktischer Hinweis:

Das ODV muss immer schriftlich beweisen können, dass es seine Aufgebe stets sorgfältig durchgeführt hat, und seine Empfehlungen und Bewertungen mit PEC kommuniziert hat. Es muss zusätzlich seine Mitteilungen akkurat archivieren.



Art. Hary Dad Marked and Alfredon Dading - was desired

ETHICKKODEX UND DISZIPLINÄRSANKTIONEN

Für jede Verletzung des MOG, des Ethikkodex, und der internen Regelungen des Unternehmens müssen klare disziplinäre Sanktionen vorgesehen werden, die auch im Zusammenhang mit Art. 2014 ital. BGB (Mitarbeiter Sorgfalt) und Art. 2015 (Treuepflicht) ital. BGB stehen.





Are; Mariy Cand Madigraf jake papendaga Candiator - Water Madigrafia

HAFTUNG DER MUTTERGESELLSCHAFT

Nach jetziger herrschenden Rechtsprechung (des Art. 4 DLgs. 231/2001) kann Die Muttergesellschaft (Dachholding) eines Konzerns für Straftzten von Mitarbeiter einer Tochtergesellschaft haften, wenn an der Tat eine Person beteiligt ist, deren Handeln an der Muttergesellschaft zuzurechnen ist und u.a. ein Interesse der Muttergesellschaft verfolgt





i der i Maria (n.a) Maria de la Mille de la Mi Maria de la Mille de la Mill Mille de la Mi

VON TERRITORIALITÄT ZU UNIVERSALITÄTSPRINZIP

- Auch Italienische Unternehmen mit beschränkter Heitung mit einem einzeinen Gesellschafter ("Sit a socio unico" » EU Einmann GrobH) tragen nach dem Dekret 231/2001 eine volleverwaltungerechtliche Haftung, die der auständischen Muttergesellschaft zurschenbar ist
- Die Unternehmenshaftung kann sich auf Straftaten von Mitarbeiter kallenischer Unternehmen im Ausland erstrecken

Fall: Eni / Saipem - Migeria (ital. Kassationegarichtshof Urteil Nr. 42701/2010) Internat. Korruption und Verbotemassnahme)



Are, Marie Davi Marie Paparine Cantinum - marie Marie Are

STRAFTATENKATALOG

Der Strafen Katalog wird Wirtschaftsstraftaten ausgeweitet:

framet mehr

-Am Anfang war der Katalog im wesentlichen auf Untreue Im Amt, Korruption und Setrug begrenzt. Nur Vorsatztaten, keine Fahrlässigkeitsdelikte

-Selt 2008 Straffaten gegen Arbeits- und Gesundheitsvorschriften

·Selt 2011 Umweltschutz Delikten

-Seit 2012 Korruption unten Privat Personen (Art. 2635 Ital. BGB)

-Ein Ende der Ausweitungstendenz ist nicht absehbar (flokalische Delikte ???)



Arry, Marcin Charles Marcines and Higheston Charles - Hopen, configuration

STRAFTATENKATALOG

- Betrug zum Nachteil des Staates oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechtes; Computerbetrug
- Informatische Delikte
- Amtsträgerkorruptionsdelikte, Amtsmissbrauch

betrügerlacher

- Straftatbestände über Geld-, Wertpepieren-, Wertzeichenfälschung
- Unternehmensdelikte, die im ital. BGB vorgesehen sind
- Delikten zu Zwecken des Terrorismus oder Umsturz der demokratischen Ordnung



Arra, Maring Dags Maliforni Land Milleraturia Dagsil, arra - waren rigaliaren en.

STRAFTATENKATALOG

- Delikte gegen die Individuelle Persönlichkeit (Sklaverei; jugend Prostitution und Pornografie –auch virtuell-; jugend Verführung)
- "Marktet Abuse" (Insider trading, Kursmanipulation, Marktmissbrauch)
- Handel und Gesellschaftsrechtliche Delikte
- Fahrlässige Tötung oder Körperverletzung, wenn durch die Tat die Normen zum Schutz der Sicherheit und Gesundheit im Arbeitsleben verletzt wurden (Verstoße gegen Gesundheits- und Arbeitsschutz-vorschriften
- Hehlerei ("ricettazione") und Geldwäsche (sehr weiter Umfang gem. Art. 261 ital. StGB)



Art. Marie Cani Maliand part Milanda. Canil. Marie - Seria Malianda

STRAFTATENKATALOG

- Urheberrechtsverletzung (zum Schutz gelstigen Eigentums).
- Unlautere Veranlassung zur falsch Aussage oder Verweigerung der Aussage gegenüber den Justizbehörden in Strafsachen
- Umweltschutz
- Ausnützung von Bürger anderen S Aufenthaltsgenehmigung

Staaten ohne



Das Katalog ist in ständiger Erweiterung ...





RISIKO IM AUSLAND

- Die Verantwortlichkeit einer italienischen Tochtergesellschaft eines deutschen Konzerns kann - durch Taten Ihrer Mitarbeitern, ohne territorialen Anknüpfungspunkt in Deutschland oder in Italien, oder auch z.B. in Entwicklungsländer - begründet werden
- Haftung auch von ausländischen Unternehmen, die keine infrastrukturen und kein Italienisches Personal haben

Cass. Pen., V Senat, Urteil N. 24583 vom 20.06.2011 Cass. Pen., V Senat, Urteil N. 4324, vom 29.01.2013





der, Mare Capp Marie Jard Miraham Marie – Translationer

RISIKO IM AUSLAND

- Das DLgs 231/2001 beeinflusst auch die Vertragsbeziehungen mit Italienischen Unternehmen.
- Wenn eine ausländische Firma in einem LOI oder in einem Vertag mit einer italienischen Firma zusagt, dass sie die Vorschriften des DLgs 231/2001 einhalten wird, übernimmt sie ein erhebliches Risiko, wobel dem gesetzlichen Risiko auch das Vertragliche Risiko hinzugefügt wird.





Österreichischer Rechtsanwaltskammertag

"Compliance" in der Anwaltskanzlei

16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften

Dr. Alix Frank-Thomasser 10.2016

1. Compliance-Vorschriften für Unternehmen

Welche Rolle spielt Compliance (Regelungen zur organisatorischen und strukturellen Maßnahmen zur Rechtskonformität im Unternehmen) in Ihrem Land?

In Österreich existiert <u>zwar kein branchenübergreifendes Regelwerk</u> zu Corporate Compliance. Dennoch ist Corporate Compliance in vielen Gesetzen Österreich's verankert, so zum Beispiel ganz konkret in § 18 Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG). Gemäß § 18 WAG ist ein Compliance-Management festzulegen und eine dauerhafte, unabhängige Compliance-Funktion einzurichten. Allerdings sieht das österreichische Recht in vielen Gesetzen unterschiedliche Vorschriften zur Implementierung von Kontrollsystemen vor. Dazu zählt beispielsweise die Verpflichtung zur Implementierung eines internen Kontrollsystems (IKS), und zwar in den Vorschriften zu § 82 AktG, § 22 Abs (1) GmbH, § 39 Abs (3) Societas Europaea-Gesetz, § 22 Abs. (1) GenG, URÄG 2008, § 243a UGB,... Ferner sieht der österreichische Corporate Governance-Codex Grundlagen für diverse Compliance-Regelungen vor. Dann sind natürlich auch die allgemeinen Haftungsnormen für Sorgfalts-, Treuepflicht und Leitungsaufgaben nach österreichischem Gesellschaftsrecht zu beachten (§ 25 GmbhG, § 70 AktG, OGH 26.01.1990 11Os23/89. Letztlich sieht auch das österreichische Verbandsverantwortlichkeitsgesetz Haftungsrahmen und Rechtsfolgen vor, die Compliance-Vorschriften gleichkommen. Aus österreichischer rechtlicher Sicht liegt es daher im Interesse der Geschäftsleitung eines Unternehmens, eine Compliance-Organisation einzurichten, letztlich auch zur Vermeidung der persönlichen Haftung der Geschäftsleitung. Die typischen Fraud- und Compliance-Risiken für ein Unternehmen liegen im Wettbewerbs- und Kartellrecht, im Antikorruptionsrecht (zum Beispiel Strafgesetzbuch/FCPA), Börsenrecht, Vorschriften zur Unternehmensführung und –überwachung (zum Beispiel nach dem österreichischen Corporate Governance Codex), Geldwäschegesetz, Steuerrecht. Umweltrecht, Außenwirtschaftsrecht und Exportkontrolle, Datenschutz-Datensicherheitsvorschriften, Patentrecht, Produkthaftungsrecht u. v. m. Dass österreichische Unternehmen ihre Verantwortung ernst nehmen, sieht man an einer Reihe von Initiativen, wie zum Beispiel dem Compliance Solutions Day 2016, der gemeinsam vom Compliance Netzwerk Osterreich und dem Verlag LexisNexis vor einigen Jahren ins Leben gerufen worden ist und seitdem jährlich stattfindet. Rund 250 Teilnehmer aus klein- und mittelständischen österreichischen Unternehmen und Konzernen haben am Compliance Day 2016 teilgenommen und sich zu Themen, wie Cybercrime/Datenschutz, Wirtschaftsstrafrecht, Compliance-Management im technischen Bereich und der gerichtsfesten Organisation der Betriebsanlage ausgetauscht.

2. Compliance als anwaltliches Mandat - Compliance-Tätigkeit im Unternehmen

Welche Aufgaben im Zusammenhang mit Compliance bei Unternehmen werden in Ihrem Land typischerweise von Anwälten übernommen, z. B. Datenschutzbeauftragte/r, Compliance-Officer, etc.? Wie ist dabei typischerweise bzw. nach den gesetzlichen Anforderungen Ihres Landes die Aufgabenverteilung zwischen internen und externen Juristen?

Es ist generell unüblich, dass ein österreichischer Rechtsanwalt in einem Unternehmen als Datenschutzbeauftragter oder Compliance-Officer auftritt. Österreichische Unternehmen

bevorzugen bei Aufbau eines Compliance-Management-Systems, die einzelnen Compliance-Funktionen im Unternehmen selbst anzusiedeln. Dies ist auch gerade deswegen der Fall, weil die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eines Rechtsanwaltes mit einer von österreichischen Unternehmen bevorzugten Ansiedlung von Compliance-Beauftragten im Unternehmen selbst nicht kompatibel ist. Typischerweise fällt daher zumeist der Rechtsabteilung eines Unternehmens die Funktion des Datenschutzbeauftragten zu. In vielen anderen fachlich orientierten Gebieten sind es zumeist die in Schlüsselfunktionen tätigen Mitarbeiter im Bereich der Produktion und des Vertriebes des Unternehmens, die Compliance-Aufgaben übernehmen (zum Beispiel im Umweltrecht produktionsverantwortliche Mitarbeiter, im Außenwirtschaftsrecht und der Exportkontrolle Vertriebsmitarbeiter). Diese Praxis wird sowohl bei Konzernen als auch bei österreichischen mittelständischen Unternehmen geübt. In Klein- und Kleinstbetrieben, soweit diese Compliance-Risiken wahrnehmen, liegt die Verantwortung zumeist beim Unternehmensinhaber, der sich extern sowohl vom Rechtsanwalt als auch vom Steuerberater und manchmal auch Unternehmensberater einschlägig beraten lässt.

Welche Rolle spielen unternehmensinterne Juristen bei der Compliance? Wie sind in Ihrem Land die Aufgaben, Tätigkeiten und beruflichen Verpflichtungen für Syndikusanwälte bzw. unternehmensinterne Juristen geregelt? Haben diese ein ZeugnisVerweigerungsreCht, Geheimhaltungspflichten, welche Tätigkeiten dürfen diese (im Vergleich zu externen Anwälten) übernehmen, bzw. welche beruflichen Pflichten bestehen für sie zur Compliance im Unternehmen?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das Modell des Syndikusanwalts in Österreich nicht existiert. Zum anderen ist sogar das Bestehen der Vertraulichkeit von Kommunikation zwischen Unternehmen und ihren externen Anwälten umstritten bzw. wurde von Vertretern der österreichischen Bundeswettbewerbsbehörde öffentlich verneint. Österreichische Unternehmen sind daher auch nach dem Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Union in der Sache Akzo Nobel Chemicals Ltd./Kommission (Urteil vom 14.09.2010; C-550/07P) weiterhin gefordert, ihre interne Kommunikation zu beispielsweise kartellrechtlich relevanten Sachverhalten entsprechend zu limitieren und durch das Einschalten externer Rechtsanwälte nach Möglichkeit zu privilegieren. Insofern lassen sich für Österreich keine spezifischen Erfahrungen oder Aussagen zu Syndikusanwälten bzw. unternehmensinternen Juristen machen, außer die zuvor erwähnten.

3. "Compliance"-Regeln für Anwaltskanzleien

Gelten die Vorschriften für Compliance in Unternehmen auch für Anwaltskanzleien oder gibt es vergleichbare Regeln für Anwaltskanzleien?

Compliance-Themen für Anwaltskanzleien sind spezifisch im anwaltlichen Berufsrecht, konkret in der Rechtsanwaltsordnung (RAO) geregelt. Anwaltskanzleien müssen natürlich auch in ihrem eigenen Wirkungsbereich die Vorschriften zur Unternehmensführung und Überwachung beachten, insbesondere auch Themen wie Datenschutz und Datensicherheit, Steuerrecht und Geldwäsche.

Sind Pflichten zur organisatorischen oder strukturellen Einhaltung von Datenschutz, Sorgfaltspflichten, IT-Sicherheit, zur Vermeidung von Interessenkonflikten in Ihrem Land für Anwälte geregelt? Für welche Bereiche (z.B. Datenschutz) brauchen Anwaltskanzleien in Ihrem Land Beauftragte oder sonstige interne Kontrollpersonen, Strukturen oder Abläufe?

Für Anwälte gelten zunächst die allgemeinen Pflichten und Vorschriften zur organisatorischen oder strukturellen Einhaltung von Datenschutz und IT-Sicherheit. Sorgfaltspflichten im Allgemeinen und im Besonderen und auch das Thema der Vermeidung von Interessenskonflikten sind in den berufsrechtlichen Vorschriften für Anwälte in Österreich geregelt. Es gibt keine gesetzliche Vorschrift, die Anwaltskanzleien in Österreich vorschreibt, Compliance-Beauftragte oder sonstige interne Kontrollpersonen einzusetzen, außer anwaltliche Organisationen bewegen sich in einer Größenordnung, die sie beispielsweise zur Implementierung eines Kontrollsystems (IKS) (bitte siehe weiter oben) verpflichtet.

Sind eigene Compliance-Regelwerke zum Beispiel bei (großen) Kanzleien in Ihrem Land üblich? Sind diese öffentlich? Welche Regelungen beinhalten diese typischerweise?

Die Top-5-Anwaltssozietäten der Größe nach sind in Österreich Wolf Theiss mit rund 135 Juristen, die Kanzleien Schönherr, Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati (CHSH), DLA Piper, Freshfield und letztlich Dorda Brugger Jordis mit derzeit 100 Juristen. Auf den Webseiten dieser "Großkanzleien" ist durchwegs der Hinweis auf Compliance-Themen im Sinne eines Beratungsangebotes zu entnehmen, jedoch nicht, ob diese Kanzleien über ein eigenes unternehmensinternes Compliance-Regelwerk verfügen. Dass ein solches nicht öffentlich ist, heißt aber noch lange nicht, dass diese Kanzleien nicht durchaus über komplexe unternehmensinterne Compliance-Vorschriften verfügen. Typischerweise derartige Regelwerke Themen zur Geldwäsche und zum Datenschutz, sowie Themen des Börsenrechtes und vor allem auch Themen der Geheimhaltung, der berufsrechtlichen Verpflichtung zur Verschwiegenheit und Interessenskonflikten. Diese Themen werden auch von kleineren Kanzleien als wesentliche unternehmensinterne Compliance-Themen betrachtet. Wenn schon nicht schriftliche Regelwerke bestehen, so kann man davon ausgehen, dass diese Compliance-Regelwerke regelmäßig mit den Kanzleimitarbeitern angesprochen werden und die Anwälte von kleineren Kanzleien in ihrem eigenen Wirkungsbereich als Compliance-Beauftragte fungieren.

4. <u>Anwaltliche Pflichten zur Überprüfung oder Gewährleistung von</u> Regelkonformität bei Mandanten

Gibt es - neben der EU-Geldwäsche-Verordnung - in Ihrem Land Pflichten für Anwälte, bestimmte externe Rechtsverstöße (durch Mandanten oder Dritte) oder entsprechende Verdachtsmomente anzuzeigen? Wie werden diese Verpflichtungen in Kanzleien umgesetzt?

Neben der EU-Geldwäsche-Verordnung gibt es ganz allgemein § 286 STGB (Strafgesetzbuch), der auch den Rechtsanwalt verpflichtet, im Rahmen des § 286 STGB, eine mit Strafe bedrohte Handlung zu verhindern und dazu unter bestimmten Voraussetzungen auch eine entsprechende Benachrichtigung der Behörde unternehmen muss. Dann gibt es

auch in einer Reihe von steuerrechtlichen Vorschriften eine entsprechende Anzeigepflicht, wie zuletzt im Schenkungsmeldegesetz.

Gibt es in Ihrem Land sonstige rechtliche Pflichten für Anwälte, die dem Interesse von Dritten - also nicht gegenüber dem Mandanten dienen, z.B. zur Sachverhaltsrecherche, Offenlegung von Informationen in der zivilrechtlichen Mandatsausübung oder im Prozessrecht? Gibt es Fälle von Haftung gegenüber Dritten bei Verstößen gegenüber diesen Pflichten?

Die dem österreichischen Rechtsanwalt in § 9 Abs (1) RAO auferlegte Pflicht, die übernommenen Vertretungen dem Gesetz gemäß zu führen und die Rechte seiner Partei gegen jedermann mit Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit zu vertreten, lässt es nicht zu, dass er wissentlich unrichtige Behauptungen aufstellt, um sich oder seinen Klienten Vorteile zu verschaffen. Die in § 178 Zivilprozessordnung (ZPO) angeordnete Wahrheitspflicht gilt nicht nur für den Klienten, sondern auch für dessen Rechtsvertreter. Ein Klientenauftrag zu einem wissentlich unrichtigen Vorbringen vermag den Rechtsanwalt infolgedessen keinesfalls zu entlasten. (OGH 28 Juni 1993 2Bkd2/92 und zuletzt 29Os2/14g-OGH 24.09.2015)

5. Regelungsbedarf

Sind nach Ihrer Auffassung - bzw. der Auffassung Ihrer Organisation - weitere Regelungen oder Anstrengungen in Bezug auf Compliance in Anwaltskanzleien notwendig?

In Österreich stehen sowohl Großkanzleien als auch mittelständische und Kleinkanzleien schon allein aufgrund ihres Beratungsangebotes dem Thema Compliance offen gegenüber und nehmen ihre Rechtspflichten in diesem Zusammenhang wahr. Die im österreichischen anwaltlichen Berufsrecht derzeit geregelten "Compliance-Themen" decken die derzeitigen Anforderungen ab. In Einzelfällen, spezifisch auch im Zusammenhang mit der Umsetzung der 4. Geldwäsche-Richtlinie, ist eine Vertiefung der derzeit vorliegenden Arbeitsbehelfe für den großen Durchschnitt der österreichischen Rechtsanwälte sicher erforderlich. Dazu zählt vor allen Dingen das Know-how für eine der 4. Geldwäsche-Richtlinie entsprechende Risikoanalyse in Rechtsanwaltskanzleien. Es sind also generell gesagt eher die Instrumente zur Erkennung von Risikobereichen als der Bedarf an Compliance-Regelungen, die ein entsprechendes Anforderungsprofil für die Anwaltschaft beinhalten und daher ein erweitertes Augenmerk verdienen.

POLEN

16th Berlin Conference of European Legal Professions

"Compliance" in the Law Firm"

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organizational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

Compliance may be considered as a set of rules on company's operation and organization that reduces to minimum the possibility of failure to comply to any legal provisions, standards or recommendations that the Company is obliged to comply to whether it is a contractual obligation or arising from an act of law. It is crucial that those rules should be coherent within the vertical as well as horizontal structure of a company so that the managing organ is able to verify and assess any actions that fall outside the compliance framework.

Compliance rules are especially important for the regulated business activity sectors as i.a. financial services, insurance sector or pharmaceutical sector however depending on the scope of business activity companies introduce compliance rules also to observe i.a.:

- Personal data protection regulations
- Fair Competition and Consumer Protection regulations
- Tax law
- Labour law
- Public Procurement law
- Intellectual Property law
- Commercial law
- Environment protection law
- Anti money laundering regulations
- Criminal law

In some countries proper application of compliance rules and regulations may be crucial especially in future civil, administrative or criminal proceedings conducted against a company by its business partners or competent regulatory bodies (public or private), which is known as "compliance defence". In Poland "compliance defence" may be particularly important on grounds of criminal liability of collective entities which provides for criminal responsibility of legal persons violating i.a. fair competition regulations, intellectual property law, commercial law, tax law, banking and insurance regulations and other. A compliance policy properly implemented, executed and aimed at preventing of particular misconducts leading to criminal responsibility under the statute may constitute a ground to ascertain a lack of guilt (misconduct) in a particular case.

2. Compliance as lawyers' brief – compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in house and external lawyers.

What role do in – house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in – house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

When considering compliance generally, as a framework of company's operation aimed at observing certain requirements or preventing misconducts that may negatively affect the company a lawyer may play a crucial role mainly in providing legal aid in relations with company's business partners, for example when giving legal opinions on future contracts or on other external legal relationships, but may also be helpful when collaborating with the company's officers in designing the rules of a company's internal procedures as to preventing misconducts and eventually properly reacting if such occur. Therefore there is no set of tasks typically appointed to lawyers when it comes to compliance policies however is seems that lawyers work in this field mostly focuses on relations with companies business partners or internal corporate services.

Obviously Advocats and Legal Counsels in Poland may be considered as lawyers however this notion may also refer to persons not being a member of the Bar which provide legal aid in companies therefore the scope of duties and tasks undertaken with regard to compliance may vary between members and non-members of the Bar.. Historically speaking Advocates and Legal Counsels differed as to their competencies, nowadays the only "major" (if it may be considered as such) difference between those two professions is that an Advocat, as opposed to Legal Counsel may not provide its services under a work agreement. Thus neither law nor practice does attribute particular competencies to Advocats or Legal Counsels when providing compliance services to companies, regardless whether a company decides to receive compliance services from an in house lawyer or outsource such service to an external legal office.

In relations with third parties Advocats as well as Legal Counsels are bound by the professional privilege rule arising from statutory as well as internal corporate regulations however there are some exceptions to the professional privilege rule, some of which proved to be controversial in practice. According to the relevant statutory provisions (Act on the Bar and Act on Legal Counsels) Advocats and Legal Counsels are not bound by the aforementioned rule only within the scope regulated by the Anti Money Laundering Act as it shall be discussed below in more details in question no. 3. The controversies on the right to refuse to testify occurred mostly under provisions of criminal law and the said statutory provisions. The Code of Criminal Procedure provides for the possibility to release an Advocat or Legal Counsel from the professional privilege rule under a very general clause - i.e - "when it is indispensable for the sake of judicial authority and a particular circumstance may not be determined by any other evidence". There is no controversy that this exception arising from the provisions of criminal procedure code may not be applied when those two professions act as criminal defence attorneys. According however to the broadly criticized standpoint of the Supreme Court the aforementioned ground of releasing an Advocate or Legal Counsel from its professional privilege may be applied in any other cases in which Advocates or Legal Counsels do not act as criminal defence attorneys i.a. as authorized attorneys in criminal, civil, administrative or any other proceedings.

The Bar shares the standpoint that the professional privilege rule arising out of special regulations provided in the statutory provisions (the Law on the Bar,Act on Legal Counsels) has priority as *lex specialis* over the general rules of the Code of Criminal Procedure and therefore an Advocate or Legal Counsel may not be released from it and called to testify regardless whether he or she acted as a criminal defense attorney or an attorney in criminal, civil, administrative or any other proceedings.

It is also worth to mention that the respective Codes of Ethics also provide for absolute professional privilege and prohibit to call other fellow Advocates or Legal Counsels as witnesses in any proceedings as to information obtained in connection with providing legal services. Lawyers not being members of the Bar are not bound by the professional privilege rule therefore any obligations as to confidentiality towards their clients usually arise out of contracts which are not binding for the courts. However there might be situations in which the duty of confidentiality of such a person arises directly from a statute, not from a contract. For example The Banking Law Act, the Act on Financial Instruments or Act on Insurance Activity provide for the rule of confidentiality for all employees of a bank or an insurance company as well as stockbrokers. As opposed to the professional privilege rule such employees may be released from the duty of confidentiality by a Court, a Prosecutor or in some cases even the Police. On the other hand according to the Code of Civil Procedure a person bound by a professional privilege rule or statutory duty of confidentiality arising out of specific provisions of law may be called as a witness but may refuse to answer a question if the testimony would infringe the rules of professional privilege (or statutory duty of confidentiality) of any person bound by it. A lawyer not being a member of the Bar and not bound by specific provisions on confidentiality may also refuse to testify in a civil court but only when such testimony would expose such a person to a severe and direct loss.

When it comes to sharing compliance tasks between members and non-members of the Bar it is worth to mention that under the Commercial Companies Code an Advocate or Legal Counsel hired in a company under any legal title (work contract, commission contract etc.) may not be a member of the Supervisory Board or an Audit Committee of such a company.

However such positions as for example data privacy officer or AML (anti money laundering) officer do require some degree of legal knowledge, they are not usually occupied by Advocats or Legal Counsels as such knowledge (within the scope required to perform the tasks) is usually provided through professional training by companies themselves. Mostly, lawyers acting as compliance officers are hired in financial institutions. Such officers focus mainly (as it was already mentioned) on internal procedures and their observance as well as contacts with regulatory bodies like for example Polish Financial Supervision Authority (Komisja Nadzoru Finansowego), performing internal controls and preparing reports thereon.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Are duties regarding organizational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For

which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

Advocats and Legal Counsels in Poland are required to observe all binding compliance rules and regulations, with particular emphasis on:

- ethics and general rules on providing services as an Advocat or Legal Counsel (Law on the Bar, Act on Legal Counsels, Code of Adwokat's Ethics and the Regulation on performing the Advocat's profession in individual law office or companies, Code of Legal Counsel's Ethics and Regulation on performing the Legal Counsel profession),
- money laundering (Anti Money Laundering Act of 16.11.2000 AMLA),
- personal data protection (Act on Personal Data Protection of 29.08.1997 r.- APDP), however they are released form the obligation to declare personal data database to the Inspector of Personal Data Protection.

These acts generally constitute a framework of Advocat's and Legal Counsel's practice vis a vis clients, courts and fellow lawyers.

Breach of the regulations may result in civil and criminal liability as well as administrative responsibility (fine). An Advocate or Legal Counsel may also be subject to disciplinary proceedings before a Professional Conduct Committee which may, in some cases result in being expelled from the Bar.

Compliance in law firms is generally different to other companies when it comes to money laundering regulations as well as ethics.

Under AMLA, both Advocates and Legal Counsels are obliged to register **suspect** transactions i.e. circumstances of which indicate the possibility of being connected to money laundering or terrorist financing regardless of their value only if they participate in such suspect transactions in connection with providing their clients assistance in planning or conducting transactions regarding:

a) purchase or sale of Real Property or enterprise

The contract of the contract o

- b) managing of money, securities or other pecuniary assets
- c) opening or managing of accounts in financial institutions
- d) organizing of payments or additional payments into share capital, organizing of contribution for establishment, operation, or management of companies
- e) establishing, operating of entrepreneurs in another organizational form and managing thereof

Advocates or Legal Counsels however are not obliged to provide information on such suspect transactions to Inspector General of Financial Information if the legal services mentioned in points a) – e) above concerning such a suspect transaction were performed while representing a client under a power of attorney due to pending proceedings or providing legal advise in connection to such a proceeding.

As regards professional privilege an Advocat and Legal Counsel is obliged to keep secret and secure from revealing (or unwanted use) of all the information it obtained from the client or third parties while performing its professional duties, i.e. documents, messages and notes

concerning the case. Legal professional privilege is unlimited in time. A lawyer shall oblige his co-workers and staff to observe the rules of confidentiality identical to the rule of professional privilege.

APDP provides for very specific precaution measures (software and hardware precautions) for all entrepreneurs that process personal data regardless whether the person processing the data is a lawyer or not. Therefore a lawyer using computers and other electronic devices for data processing that are connected to any public network is obliged to use the special measures described in the Regulation of Minister of Internal Affairs and Administration that secure the personal data from revealing which is the Increased data processing safety level. In practice it means that devices containing personal data shall be secured in a way which ensures data privacy and integrity.

The relevant corporate regulations also provide for the general requirement of introducing "adequate" measures of safety of any information covered by the professional privilege however they also provide for some "strictly technical" requirements like for example the requirement of registering and identifying any entries to confidential information by attributing separate logins to each worker or the requirement of making safety copies of all confidential documents kept in electronic devices.

As to prevention of conflicts of interest according to the relevant codes of ethics, a lawyer can not run a case or provide a legal aid if:

- a) it provided legal aid to the opposing party in the same case or in the case connected thereto
- b) took part in the case while serving a public office
- c) the opposing party is the lawyer's client in any other case
- d) other lawyer, who runs the case or has already provided a legal aid to the opposing party in the same or connected case, is the lawyer's close friend or a relative

A lawyer, who has already testified as a witness in the case, can not represent the party thereto. What is more a lawyer can not represent clients, interests of which are contradictory, even when clients agree thereon. In the event of revealing of such contradictions in course of the proceedings, a lawyer is obliged to terminate its power of attorney granted by clients, whose interest are contradictory.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firm?

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

Apart from AMLA regulations no lawyer may disclose any information on the client due to the professional privilege rule. Certain exceptions as well as controversies as to releasing a lawyer form the professional privilege have already been discussed.

The duty to disclose of certain information on breaches of law arises out of the provisions of the code of criminal procedure and is addressed to anyone, not only lawyers.

In Poland, anyone who has knowledge that an offence prosecuted ex officio was committed, has a duty to notify thereof the public prosecutor or the Police. Failing to observe such a requirement is not penalized in any way.

What is more, anyone, who has reliable information concerning a punishable preparation or an attempt, or the commission of some of the crimes like i.a. terrorist attack, murder, causing of dangerous events (like fire, collapse of a building, explosions) or taking hostage but does not promptly inform an agency responsible for prosecuting such offences, is liable to imprisonment for up to three years.

The abovementioned issues do not concern lawyers when it comes to the legal professional privilege.

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organization, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

Compliance is a constantly growing sector of the job market and lawyers play an increasing part in it. The rising popularity of compliance services is especially visible in the US since the 2008 financial crisis but this trend is also affecting the Polish market since more and more international companies do their business in Poland. In our view there is no need for any further regulations as to compliance in law firms. To observe the current regulations law firms within their own internal compliance rules should decide how to observe the regulations arising out of statutes and deontology rules.

REPUBLIK KOREA

"Compliance" in the Law Firm

SEOUL BAR ASSOCIATION Director of International Affairs Sang Hyeok Im

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

: It plays the role of creating not only economic value, but also "shared value" in the community to which the company belongs by closely observing daily activities within the company and coordinating them to comply with ethical standards, as well as applicable laws and regulations.

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between inhouse and external lawyers?

: Lawyers act as a chief compliance officer (CCO) to ensure the legality of decision-making process within the company. They also conduct necessary monitoring and provide compliance education within the company. Meanwhile, lawyers sometimes become a member of a board of directors in the capacity of external director, undertaking compliance tasks along the borderline of the internal and external of the company or monitor the effectiveness of internal monitoring system through external audits.

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in our country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

: With the adoption of compliance control system under the 2011 amended Commercial Code, lawyers undertake the tasks of supporting officers and employees of a company (listed companies with more than the prescribed size) to effectively cope with legal risks that may arise in their business activities. Compliance officers perform their duties in accordance with the standard compliance guidelines comprised of 24 Articles in the Commercial Code, and they are not allowed to assume a task relating to business operation. Compliance officers within a company mainly monitor and evaluate regulatory risks, while external lawyers assess and deal with the legal risks. Notwithstanding the foregoing, the current compliance control system needs to be remedied by strengthening the responsibility and independency of a compliance officer.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

: Law firms are not subject to the same compliance control system as companies. Rather, law firms are subject to the provisions under Chapter 5 of the Attorney-at-Law Act and other various applicable provisions. Such provisions prohibit lawyers from taking over the rights to raise claims or engaging in corrupt practices, but require them to perform designated services, including public interest activities. In sum, compliance duties of law firms are different from those of companies in general.

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

: Since lawyers have the duty to keep the information of their clients confidential and prevent conflict of interest, law firms also have an internal systems to protect client's information and ensure that there is no conflict of interest. However, there is no legal provision requiring law firms to have internal monitoring system.

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

: It is customary for large law firms to have in place their own rules according to which they accept cases and provide services. These rules include basic compliance duties specified in the Attorney-at-Law Act, including confidentiality obligation and restrictions on acceptance of case.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

: Apart from the cases where lawyers become subject to punishment for engaging in illegal act such as destroying evidence for their client in a criminal case, lawyers has no duty to report a clear offense or suspicious activity of their client or a third party.

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters of in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

: In Korea, if lawyers need to acquire information from a third party, they often requests such information from the third party after acquiring the right to do so from the court through application for document production or clarification. Therefore, it is not common for lawyers to collect and use information of a third party without the authorization or consent of such third party. If any illegal act or criminal issue arises in the process, lawyers will be held liable for relevant act by compensating the damages or pursuant to criminal procedure.

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

: We hear that law firms in Europe have a more systematic compliance rules. With the opening of the law market, it is desirable for Korean law firm to strengthen their compliance management standards for the cooperation as well as the competition with foreign law firms.

RUMÄNIEN

16th Berlin Conference of European Legal Professions

"Compliance in the Law Firm"

1. Compliance regulations for companies. What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

Compliance, in general, means conforming to a rule, such as a specification, <u>policy</u>, standard or law.

In our country, the legal conformity in a company is the living expression of the principle of legality which is regulated by the Romanian Constitution in article 1 paragraph 5.

The compliance regulations for companies shows a paramount importance to protect the rule of law. Also, by placing a special emphasis on the compliance regulations it is guaranteed a security in social relations both within the company and in its relations with a third party.

On the other hand, specialised companies, such as banks, leasing companies, state owned companies do have some special requirements imposed by romanian law, meaning: specific compliences regarding fiscal sistems, money laundring etc.

2. Compliance as lawyers' brief – compliance work in companies. What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.? How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house and external lawyers?

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

The typically task associated with compliance in companies which are undertaken by lawyers in Romania relate to legal compliance, more exactly the lawyer verifies and overseas that the activity in the company is conforming to the law.

The romanian legislation on lawyer profession do not make any differences regarding the tasks that in-house lawyers and staff lawyers can undertake. However, an in-house lawyer, depending if he is hired according to the provisions of the labour law, he is no longer considered to be a lawyer according to our law, he is a councellor, working on a day to day basis in that company, being obliged to obey all the complinces for that specific company.

Normally, an in-hous lawyer has as first obligation to verify that all legal documents issued by the company are in complince with the law. Also, an in-house lawyer has the right to represent the company in court in respect to all the litigations that specific company has.

If we talk about a lawyer, which activity is undertaken according to a legal assistance contract, than in this situation, the lawyer (external) is not obliged to obey any other complinances than the ones mentioned by the law 51/1995 regarding the organisation of the lawyers profession, like, for example, the professional secret, any formal conflict of interest etc.

A lawyer can not testify regarding the company which is his client as long as there is not a consent from the client. However, a lawyer must testify if the the facts and circumstances have become known before defender or representative the company (Law no. 51/1995 in article 46 paragraph 2 and paragraph 3).

Also, a lawyer can testify if he is accused of a criminal activity related with the company, if there is a disciplinary investigation or if there is a complaint from the company regarding the fees (Statute of lawyer profession at article 8 paragraph 3).

The lawyers are a subject to a duty of confidentiality by the romanian legislation on lawyer profession in the Statute of lawyer profession at article 6 paragraph 4, article 10 and article 113.

The duties that a lawyer can undertake are regulated specifically by the romanian legislation on lawyer profession in the Law no. 51/1995 in article 3.

3. Compliance rules for law firms. Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

It is usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

The law firms have their own compliance regulations mentioned in the legislation on lawyer profession. There are some compliance regulations which can be similar to the companies as the tax regulations or the protection of personal data.

In the legislation on lawyers profession in Romania there are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care and prevention of conflicts of interes. It is not regulated that a person in the law firm must be designated as responsible for some areas. This issue is covered in each law firm by internal rules.

Large firm have their own sets of compliance rules which are in accordance with the legislation on lawyer profession in Romania. These rules are not public. The most common rules are in order to protect the law firm's clients.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules. Apart from the UE Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in a procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

There are no other duties to report external breaches of the law (by clients or third parties) apart the UE Money Laundering Regulation and the Law no. 656/2002 regarding the Money Laundering in Romania.

There are no other duties for lawyers which serve the interests of third parties in any civil law matters or in a procedural civil law.

<u>5. Need for regulation.</u> In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

I believe that the compliance in law firms must be always adapted to the social reality. I trust that the romanian legislation on lawyer profession Law 51/1995 is a good law, adapted to the present needs of the world we live in and, as the law profession is a liberal one, I do not forsee a need for more or other strict regulations, or compliances.

Flavia Teodosiu

Attorney-at-Law

Board member of the Bucharest Bar Association - Romania

SCHWEDEN

Short replies from the Swedish Bar Association to the questionnaire "Compliance" in the Law Firm in relation to the 16th Berlin Conference of European Legal Professions

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

Compliance role has a very important role for both commercial companies and law firms.

Compliance as lawyers' brief – compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.?

Legal compliance, conflict of interests and other deontological rules according to the Professional Code of Conduct for members of the Swedish Bar Association, data protection issues, IT-security, CSR and other sustainability issues, including issues of business and human rights.

How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between inhouse and external lawyers?

Law firms normally have a compliance department or specifically designated compliance officer lawyers responsible for the law firms compliance work. Companies normally have their own in-house compliance officers, but can also have external expertise.

What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with externallawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

Only lawyers who have the professional title "advokat"/advocates (members of the Swedish Bar Association) are bound by legal professional secrecy/confidentiality in the interest of the client. Advocates can therefore under certain conditions refuse to testify. In-house counsels are not bound by the same legal professional secrecy obligations as advocates.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms?

Some regulations are the same, depending on the size of the legal entities (both companies and law firms), while others are different. For example law firms nowadays have a special obligation in relation to business and human rights. In June 2016 the Board of the Swedish Bar Association adopted the report Business and Human Rights, which presented a number of ways for the Swedish Bar to underline the importance and enhance the knowledge of how human rights can and should be implemented in lawyers' every day professional activities. Furthermore the report presented numerous recommendations for business lawyers on how to implement human rights in the law firms' internal business and in relation to their clients. In accordance with a proposal in the report the Board also adopted a new rule in the Code of Professional Conduct for members of the Swedish Bar Association (2.9 of the Code of Conduct), stipulating that an advocate must never give legal advice with the purpose of obstructing or circumventing human rights and fundamental freedoms as they are laid down in the European Convention on Human Rights (including its additional protocol). The rule also says that an advocate also in other respects always should uphold human rights and freedoms in his or her professional activities. For more information, see

https://www.advokatsamfundet.se/globalassets/advokatsamfundet_sv/cirkular/cirkular_17_2 016_infor-

mation_angaende_en_ny_bestammelse_i_vrga_rorande_foretagande_och_manskliga_rattig_heter.pdf

Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers? For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

In accordance with law and to fulfil the high standards of compliance of law firms in general.

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

Yes, the larger law firms often have their own sets of compliance rules. These are normally public. They normally include areas mentioned in Question 2.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

Yes, apart from the obligations following from the Swedish anti-money laundering legislation (based on the third and soon on the fourth anti-money laundering directive), advocates also have an obligation to VAT-number identifications (according to directives 2006/112/EC and 2008/8/EC). Also asset-information related to clients according to the Foreign Account Tax Compliance Act, FATCA exists, even though Swedish advocates are exempted from information obligations regarding client pooled accounts. The same applies in relation to the OECD-global standards for automatic exchange of financial information in tax matters. The duties are implemented by law.

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

Not any immediate need today for more regulation.

Johan Sangborn

Act. General Counsel

Head of International Relations

Swedish Bar Association

SLOWAKISCHE REPUBLIK

International Berlin Lawyers' Days 2016 3rd November – 5th November 2016 16th Berlin Conference of the European Lawyers' Profession

Michaela Chládeková PhD Senior Officer - CCBE Information Officer - HELP InfoPoint International Relations Department Slovak Bar Association Kolárska 4, 813 42 Bratislava Tel.: 00421 (0) 2/204 227 44

www.sak.sk

1. Compliance regulations for companies

What role does compliance (rules concerning organisational and structural measures for legal conformity in the company) play in your country?

"Compliance" as a term and as a subject of debate is a not very common in Slovakia. It is more or less limited to the bank and international corporations. Yet it does not mean that its content and principles are not applied in practice in general.

Compliance as an explicit term is being brought to Slovakia by international companies or companies dependent on foreign business partners. Its presence is the outcome of the market demand. As an example we can mention an automotive manufacturing company that required its Slovak first tier suppliers to meet their standards.

Slovak Compliance Circle (SCC) is probably the only forum that focuses purely at compliance issues. There are other organisations and foundations whose objective is to promote business ethics, eg. Pontis Foundation. Their scope of activities is usually broader and includes development, pro bono, volunteering, etc. Their approach is more CSR oriented.

According to SCC annual report, the Slovak business community realizes the gravity of the level of ethical standards generally accepted and applied by the Slovak business community and the impact thereof on their businesses. Companies, regardless of their size, are not only engaged in the topic, but also ready to participate in related activities. The companies seem to be quite sceptical of the conduct of other market players while expressing relative confidence in ethical conduct inside their organisation. Although many of them report experiences with losing business due to unethical behaviour of competitors, the respondents sent a very clear message that adherence to ethical principles while doing business is the right long-term strategy for development of their business.

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

What tasks associated with compliance in companies are typically undertaken in your country by lawyers, e.g. data privacy officer, compliance officer etc.?

Lawyers rarely act explicitly as compliance officers. This position is not very common although compliance issues are in most cases as a matter of course part of the legal services provided. As regards the data officers, lawyers act on behalf of their clients, but do not officially adopt the data privacy officer position.

How are these tasks typically, or in accordance with the legal requirements in your country, shared between in-house and external lawyers? What role do in-house lawyers play in corporate compliance? How are the tasks, activities and professional obligations regulated in your country for staff lawyers and in-house counsel? Do they have a right to refuse to testify? Are they subject to a duty of confidentiality? What duties are they permitted to undertake (in comparison with external lawyers) or what professional duties exist for them regarding corporate compliance?

To begin with, in-house lawyers are employees of their respective company and are not a regulated profession in Slovakia. There is no registration of in-house lawyers with Slovak Bar Association or any other body (registration is necessary only for trainee lawyers working for and advocate/law office in order to become advocate and advocates themselves). As the Act on Legal Profession stipulates, a person may provide legal services to the entity that employs such person, in this sense there is no breach of lawyer's monopoly on legal services. On the other hand, no standards or general requirements apply to the profession of in-house lawyers.

If a company employs in-house lawyers or legal departments while at the same time hiring an external counsel, the compliance issues would be covered by the company's legal department. However, we are aware that some advocates provide legal services for only one client-company, becoming de facto in-house lawyers, although it is not in line with the role of lawyer as required by the Act on Legal Profession and Code of Conduct.

In-house lawyers are not subject to and do not enjoy any special regulation. Their status is regulated by labour law legislation. It equally applies to the question of confidentiality. In-house lawyers do not enjoy and are not bound by the duty of confidentiality as advocates. The level of confidentiality reflects obligations stemming from the Labour Code and thus depends on the mutual agreement between the employer and the employee. In this sense the employee is supposed to keep information related to what he/she was informed in the course of his/her employment confidential. This obligation is very general and applies to any employee of any occupation, no specific added value in relation to in-house lawyers.

3. Compliance rules for law firms

Do the regulations regarding compliance in companies also apply for law firms or are there comparable regulations for law firms? Are duties regarding organisational and structural compliance with data privacy, duties of care, IT security and prevention of conflicts of interest regulated in your country for lawyers?

Law firms are constructed as other business structures according to the Commercial code (every lawyer may practise law as a sole practitioner, in a partnership of lawyers jointly with other lawyers, as a partner in a general commercial partnership, as a general partner in a limited liability partnership, or as a company executive in a limited liability company. It is important to mention that a partner or a statutory manager in all types of law firms providing legal services may only be a lawyer) and are thus required to respect Commercial Code and related legislation. Moreover, lawyers are bound by the Act on Legal Profession and the Code of Conduct. Apart from that, however, there is no particular compliance regulation applicable to lawyers.

For which areas (e.g. data privacy) do law firms in your country need officers or other internal monitors, structures or processes?

Law firms are not required to have special compliance officers by law.

Is it usual for, for instance, (large) law firms in your country to have their own sets of compliance rules? Are these public? What rules do they typically include?

Large law firms are usually either local offices of foreign law firms that require Slovak offices to adapt their rules and standards or they are part of international networks and alliances that equally set common standards. In general, however, Slovak law firms may have their own sets of compliance rules of which they are not obliged to notify/get approval by the Bar. In any case, they must respect general legislation and code of conduct for lawyers.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Apart from the EU Money Laundering Regulation, are lawyers in your country subject to any duties to report certain external breaches of the law (by clients or third parties) or suspicions of such? How are these duties implemented in law firms?

In this respect we may mention that at the moment the Parliament is considering a bill on the register of public sector partners. The register would be obligatory for any potential private sector subject wishing to conclude a contract with public sector body. If approved, lawyers will act as persons entitled to register public sector partners and they will be obligated to verify the authenticity and accuracy of the information provided by the public sector partner and to identify the end-user/beneficiary of the profit. Lawyers will act as controllers of the transparency of the business environment attempting to fight the letter box companies. Their role would not be to report but to refuse registration should they learn that the person does not comply with public sector partner register requirements.

Are there any other legal duties in your country for lawyers which serve the interests of third parties, i.e. not vis-à-vis the client, e.g. to research the facts of a case, to disclose information in carrying out a client brief in civil law matters or in procedural law? Are there any cases of liability vis-à-vis third parties if these duties are breached?

N/A

5. Need for regulation

In your view or in the view of your organisation, is more regulation or effort required in relation to compliance in law firms?

More effort aiming at improving the business sector compliance and ethical framework is always needed and welcomed. The aim may be best served by raising consciousness and promotion of the compliance and SCR issues.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften "Compliance in der Anwaltskanzlei" Tschechische Rechtsanwaltskammer

1. Compliance-Vorschriften für Unternehmen

Die Compliance-Vorschriften stellen die Einhaltung der minimalen einheitlichen Standards und die Standardisierung bestimmter unternehmensinternen Prozesse sicher. Sie tragen zum Schutz der durch die ganze Gesellschaft geschützten Werte (z. B. Datenschutz) und zur Eliminierung einiger negativer gesellschaftlich unannehmbarer Erscheinungen (z. B. Legalisierung der Erträge aus Straftaten) bei.

2. Compliance als anwaltliches Mandat – Compliance-Tätigkeit im Unternehmen

Dir Rechtsanwälte stellen typischerweise im Zusammenhang mit der Compliance die jährliche Korporationsdokumentation (ordentliche Gesellschafts-/Generalversammlung, Genehmigung des Rechnungsabschlusses und die Entscheidung über die Verwendung des Wirtschaftsergebnisses, Ausarbeitung des Berichts über Verhältnisse zwischen den verbundenen Personen) sicher. Ferner beteiligen sie sich an der Ausarbeitung der internen Handbücher, deren Inhalt sich im Hinblick auf die unternehmerische Tätigkeit der gegenständlichen Korporation unterscheiden kann (z. B. Handbücher über die Vorbeugung von Diskriminierung, Maßnahmen gegen die Legalisierung der Erträge aus Straftaten und das Finanzieren des Terrorismus, Regeln über die Behandlung der Personaldaten, Beschränkung der Barzahlungen, Antikorruptions-Handbücher).

Im Gegensatz zu den Rechtsanwälten, auf welche sich die Vorschriften, die die Ausübung der Rechtsanwaltschaft regeln, und die Berufsregeln der Tschechischen Rechtsanwaltskammer beziehen, sind die internen Juristen, also Juristen im Arbeitsverhältnis mit der Korporation, nicht durch die Berufsregeln gebunden und müssen nicht die Schweigepflicht (das Anwaltsgeheimnis) einhalten, wie es bei den Rechtsanwälten der Fall ist. Sie können also nicht die Aussage bzw. die Zeugenaussage, mit dem Verweis auf die besondere Schweigepflicht, verweigern. Die internen Juristen müssen sich, wie andere Mitarbeiter im Arbeitsverhältnis auch, an die Anweisungen des Arbeitgebers halten.

Compliance-Regeln für Anwaltskanzleien

Auf die Anwaltskanzleien beziehen sich dieselben Regeln wie auf andere Gesellschaften auch – mit bestimmten Abweichungen, die die Maßnahmen gegen die Legalisierung der Erträge aus Straftaten und das Finanzieren des Terrorismus betreffen (der Rechtsanwalt ist zwar eine verpflichtete Person laut entsprechenden Vorschriften, mit Rücksicht auf die geschützte Schweigepflicht und das Anwaltsgeheimnis sind dessen Pflichten jedoch in gewissen Hinsichten modifiziert).

Die tschechische Rechtsordnung gewährt Instrumente für den Datenschutz und ebenfalls auf der Ebene des Korporationen-Managements erfordert sie das Verhalten mit fachlicher Sorgfalt. Diese Regeln gelten allgemein, also auch für Anwaltsfirmen (Anwaltskanzleien). Auf die Anwaltsfirmen beziehen sich auch allgemeine Regeln über den Interessenkonflikt in Handelskorporationen, allerdings kommt dadurch auch eine spezifische Regelung zur Anwendung, die aus den Anwaltsvorschriften und Berufsregeln der Tschechischen Rechtsanwaltskammer resultieren. Soweit es sich um IT-Systeme und den Schutz der darin enthaltenen Personaldaten handelt, sind die Daten der Anwaltsfirmen und der Rechtsanwälte aus dem Titel des Anwaltsgeheimnisses geschützt. Eine Durchsuchung der Räumlichkeiten der Anwaltskanzleien inklusive der IT-Systeme im Rahmen eines Strafverfahrens kann lediglich unter besonderen Regeln und im Beisein eines Vertreters der Tschechischen Rechtsanwaltskammer durchgeführt werden.

In den Anwaltsfirmen sollte Rücksicht insbesondere auf den Bereich des Interessenkonflikts, Maßnahmen gegen die Legalisierung der Erträge aus Straftaten und gegen das Finanzieren des Terrorismus, auf die Verwendung des Bargelds und die Behandlung der Personaldaten genommen werden. Je nach der Größe der Anwaltskanzlei können spezialisierte Juristen mit den Aufgaben im Bereich der Compliance beauftragt werden.

Größere Anwaltsfirmen erhalten standardmäßig die Regeln für die einzelnen oben erwähnten Bereiche aufrecht. Diese Regeln sind nichtöffentlich und enthalten anleitende Beschreibungen der Vorgehensweisen, wie in den einzelnen gelösten Fällen zu verfahren ist (z. B. welche sind die höchstzulässigen Grenzen der Bargeldtransaktionen, wie ist beim Ersuchen des Klienten um die Übernahme der Geldmittel in die Verwahrung vorzugehen, wie ist die Identifikation und Kontrolle des Klienten durchzuführen).

 Anwaltliche Pflichten zur Überprüfung oder Gewährleistung von Regelkonformität beim Mandanten

Das Strafgesetz bestraft das Nichtverhindern bzw. die Nichtanzeige einiger Straftaten. In begrenztem Maße bezieht sich die Pflicht, einige schwere Straftaten zu verhindern bzw. anzuzeigen, auch auf die Rechtsanwälte. Diese Regeln können auch in die internen Vorschriften der (meistens größeren) Anwaltsfirmen einbezogen werden: Auf die internen Juristen beziehen sich allgemeine Regeln (Abweichungen, welche aus dem Schutz des Anwaltsgeheimnisses resultieren, beziehen sich nicht auf sie).

Die Anwaltsvorschriften verankern die Grundsätze der Verantwortung der Rechtsanwälte (also auch der Anwaltsfirmen) für den Schaden gegenüber dem Klienten. Eine allfällige Verantwortung gegenüber Dritten unterliegt den allgemeinen Regeln über die Verantwortung und die Haftung (z. B. allgemeine Regeln der Verantwortung und der Haftung für Schulden der Gläubiger der Korporation).

5. Regelungsbedarf

Den Bedarf einer ausführlicheren Regelung empfinden wir nicht.

<u>UNGARN</u>

16th Berlin Conference of European Legal Professions "Compliance" in the Law Firm

Answers for Hungary

1. Compliance regulations for companies

Compliance plays a significant role in the operation of companies. Recently, the number of job postings related to compliance (compliance officer; compliance and data privacy officer; compliance expert and the like) has increased, indicating that market players are leaning more and more on the expertise of dedicated lawyers specialising in the implementation and supervision of compliance rules. In our experience, international or regional companies are focused on implementing their standards to local entities and, thus, an unavoidable assessment of local rules entails. This is to align local standards with global minimal standards and ensure that they are duly implemented and applied.

Furthermore, such companies consciously reach out to experts. Structured harmonization and conscious legal compliance usually leads to the opening of the above-mentioned positions in order to keep track of local requirements and changes in regulation.

However, it still holds true that global companies are more compliance conscious than local organically developing companies, who are more practice oriented and do not tend to work out detailed schemes / internal rules in order to facilitate compliance.

2. Compliance as lawyers' brief - compliance work in companies

Compliance encompasses several areas of law and the companies' field of operation, industry standards and customs play significant roles in determining the tasks associated with compliance officers in companies. As a general rule, all classic areas of compliance are undertaken in Hungary by lawyers: data privacy officer, compliance officer, public procurement specialist, competition lawyer, and it is a standard pre-requisite for such jobs. In addition to lawyers, a few companies accept industry specific degrees for such roles, but this is not prevailing practice. Examples include: pharmaceutical companies accept both lawyers and pharmacists; some banks accept both lawyers and economists.

In-house lawyers are generally responsible for developing, initiating, maintaining, and revising policies and procedures for the general operation of the company's compliance program and its related activities to prevent illegal, unethical, or improper conduct. The tasks of the in-house lawyers usually cover the tasks of a compliance officer and relate to the three main area of company compliance: (i) establishing, (ii) embedding and (iii) enforcing compliance.

Tasks include establishing compliance standards based on internal policies and guidelines / implementing procedures (Anti-Bribery, Data Handling) and annual local training plans. Inhouse lawyers responsible for compliance continually provide advice and guidance to the business on compliance topics and challenges (including on the required approval processes) and advise management on compliance related topics and compliance aspects of major initiatives. They also need to actively follow trends in the market and regulatory environment, including business practices

Furthermore, compliance lawyers are generally expected to assess risks and ensure allegations of misconduct are reported in a timely manner. In the case of misconduct, internal investigations are often led by compliance officers although, in our experience, these investigations are generally delegated to law firms and the in-house lawyer is involved.

As for cooperation between in-house and external lawyers, delegation is customary and depends mostly on the attitude of the management and in-house lawyers and the volume and type of work. For example, internal investigations to assess compliance are generally led by outside counsels. Action plans and results are generally assessed together with the in-house lawyers.

According to Act XI of 1998 on attorneys at law ("Act on Attorneys"), in-house lawyers do not qualify as attorneys. As a result, only advice given by the attorney-at-law mandated by the undertaking enjoys attorney-client privilege.

In house lawyers are under the more narrow general duty of confidentiality concerning business secrets (Section 2:47.§ of Act V of 2013 on the Civil Code). Based on Section 170 (1) e) of Act III of 1952 on the Code of Civil Procedure, any person can refuse to make testimony in a civil procedure who is obliged to keep business secrets in respect of the subjects, if their testimony would entail their having to breach the obligation of confidentiality.

In house lawyers are permitted to undertake the mandatory compliance roles where legal education is prescribed as obligatory (e.g. internal data protection officer). Pursuant to Act CLV of 1997 on Consumer Protection, defined business entities are obliged to employ a consumer relations officer.

The responsibilities of the consumer relations officer include the monitoring of the business activities affecting consumers and to arrange training on a regular basis for the business employees about the enhancement of a new approach in consumer protection. They also are responsible for improving employees' education in relation to consumer protection rules.

The consumer relations officer should be a Hungarian citizen, or a national of any Member State of the European Union or any State that is a party to the Agreement on the European Economic Area, who:

- has attained a professional qualification or vocational education in the field of consumer protection, or
- has been issued a certificate upon attending an official training course outside the regular school system, culminating in an examination.

Pursuant to Section 24 of Act CXII of 2011 on the right of informational self-determination and on freedom of information ("Data Protection Act"), authorities of nationwide jurisdiction, and data controllers and processors engaged in processing data files of employment and criminal records; financial institutions; and providers of electronic communications and public utility services, are obliged to appoint internal data protection officers.

The internal data protection officer tasks include participating and assisting in the decision-making process with regards to data processing and enforcing the rights of data subjects;

monitoring compliance with the provisions of regulations on data processing and the provisions of internal data protection and data security regulations and the data security requirements; investigating complaints and, if he detects any unauthorized data processing operations, calling on the controller or processor in question to cease such operations; drawing up the internal data protection and data security rules; maintaining the internal data protection register; and arranging training sessions on the subject of data protection.

3. Compliance rules for law firms

The plenary meeting of the Hungarian Bar Association issues regulations that can be considered as compliance rules. These include:

- the rules of conduct for the legal profession (ethical rules);
- the use of attorneys' names;
- the detailed rules for managing deposits and money, and on deposit records;
- the technical requirements for electronic signatures in company proceedings, the
 register of attorneys and law firms engaged in such activities, the detailed rules on the
 safekeeping of paper originals including the procedure for the event when the
 activities of an attorney are suspended, the operation of the attorney archives and on
 the depositing and handling of documents in the attorney archives and their
 presentation to the court of registry when requested;
- the detailed regulations relating to the use of electronic signatures obtained for use in legal practice and the related duties of the bar association;
- the detailed rules for the oversight of the activities of attorneys by the bar association in connection with the detection and prevention of money laundering or terrorist financing;
- the further education of trainee lawyers, the related duties and functions of attorneys and trainee lawyers, and the responsibilities conferred upon the bar associations for the organization of training sessions for trainee lawyers;
- · the infrastructure requirements for the employment of trainee lawyers; and
- the manufacture, procurement, supply, handling and use of security marks, keeping a
 register of activated security marks, the payment of consideration for security marks
 and keeping records of such payments, including the detailed rules on the related
 duties of the bar association, and the amount payable for security marks.

The plenary meeting of the Hungarian Bar Association may also issue directives pertaining to the legal practice. An example for such a directive is Directive no. 2/2000. (V. 22.) of the Hungarian Bar Association on the employment of trainee lawyers.

The Statutes of the Hungarian Bar Association are binding on regional bar associations, while the rules and regulations are binding on regional bar associations, attorneys, assistant attorneys, foreign legal counsels and trainee lawyers.

Concerning data privacy based on Section 24 of Data Protection Act, law firms are not obligated to appoint internal data protection officers or to prepare internal data protection and informational security policies.

We are not aware of a clear trend in large firms applying voluntary compliance rules. Pro bono legal services may be an area where most large firms adopt bylaws concerning the amount and quality of pro bono services rendered in their practice. In addition, informational security is generally a growing concern for law firms, thus internal policies in this area are probably more common. Firms that are part of an international franchise are usually under the obligation to apply the certain compliance policies of the given franchise.

These compliance rules are usually not public.

4. Duties for lawyers to check or guarantee their clients' compliance with rules

Under Section 8 of the Act on Attorneys, unless otherwise prescribed by law, an attorney is bound by confidentiality with regard to every fact about which he gains knowledge in the course of carrying out his professional duties. This obligation is independent of the existence of the agency relationship and continues to exist after he has ceased to function as an attorney in the given matter. Additional rules regarding confidentiality obligations can be found in Regulation no. 8/1999. (III. 22.) of the Hungarian Bar Association on the ethical rules and expectations of the attorney at law profession ("Ethics Regulation").

European anti money laundering regulation is one sphere of provisions where this confidentiality obligation is broken by law. Another example of such an exemption is the reporting obligation connected to the verification of the client's identity concerning the safety of legal transactions.

Client verification in connection to the safety of legal transactions

Pursuant to Section 27/D of the Act on Attorneys at Law the attorney must refuse to provide services if: the party fails to provide information for the purposes of identification; the party is unable to produce a valid identification document; or he finds in the verification procedure that the identification document had been reported lost, stolen or destroyed, and there is no indication in the records that it was found or recovered.

In case one of the above conditions is met the attorney is obliged to report without delay in writing the findings of the verification process to the police department of the place where the document is proposed to be used in order to prevent any illegal use of the identification document.

This report must contain:

- the number and type of the document;
- an indication if the document was reported lost, stolen or destroyed and if there is no indication in the records that it was found or recovered;
- the place and time where and when the identification document was presented; and
- the name, signature and seal of the person filing the report.

The attorneys' compliance with the obligation of notification referred to above must not be treated as a violation of confidentiality requirements.

Regulation No. 2/2007. (XI. 19.) of the Hungarian Bar Association contains the rules on implementing the client verification system. Based on this regulation the attorneys at law are obliged to maintain a database on the client verifications, the underlying transactions and the eventual reports made to the police as describe above.

Other disclosures exempt from the general confidentiality obligation

Other exemptions from client-attorney privilege may oblige an attorney to disclose confidential information. However, these are not automatic reporting obligations. These cases may involve witness testimonies of attorneys with the client's approval; search warrants issued concerning the premises of a law firm in rare circumstances in the course of a criminal investigation; or the seizure of documents containing client-attorney communication in the course of a market oversight procedure by the market oversight authority.

Another example of the above is that the attorney is not bound by the general confidentiality rules towards the organs of the bar association. Thus, in any procedure conducted by the competent bar organization (e.g. in disciplinary proceedings, conflict of interest proceedings) the attorney can be ordered to disclose activities of the client that otherwise would fall under the general confidentiality obligation.

5. Need for regulation

Compliance is a currently evolving and dynamically growing area in Hungary. At the moment, the rules in effect provide for an adequate framework, allow some flexibility for companies and prescribe clear rules for law firms.



Berliner **Anwalts**verein e.V.

Littenstraße 11 | 1,0179 Berlin www.berliner-anwaltsverein.de



Mr. Uwe Freyschmidt Chairman Berliner Anwaltsverein e.V. Litenstrasse 11 10179 Berlin

Dear President Freyschmidt,

I acknowledge with thanks the receipt of your letter and questionnaire regarding the 16th Berlin Conference of the European Lawyers' Profession.

I would be very delighted to participate, but my pre scheduled commitments and business obligations prevent me from attending the event. On behalf of me, the Chief Legal Advisor of the Union of Turkish Bar Associations Prof. Dr. Necdet Basa, Esq. will represent the Turkish Lawyers at your significant event.

On the other hand the answers of the questionnaire are listed below.

In Turkey, in house lawyers, staff lawyers and also self-employed lawyers are subjected to the same rights and obligations.

All lawyers in Turkey are bound by professional secrecy and they can refuse to testify as a witness. In this context, people who may refrain from testifying cannot be sentenced due to not reporting a crime. Lawyers who violate the professional confidentiality are subjected to sanctions.

Requirements for prevention of conflict of interest, information technology security, data confidentiality and duty of care for lawyers are regulated by law.

On behalf of myself and the Executive Board of the Union of Turkish Bar Associations, I extend my best wishes and hope that the 16th Berlin Conference of the European Lawyers' Profession will be a very successful event.

M. Feyr

Prof. Dr. Metin Feyzioğlu, Esq,
President of the Union of Turkish Bar Associations

1. In Poland the role of compliance is not so significant like in USA or UK where we have FCPA or UKBA. In Poland financial risk for companies is substantially lower however we still have criminal liability for individuals and reputational risk for the company. We also have Central Anti-Corruption Bureau created 10 years ago which cooperates even with FBI as well as legislation providing financial responsibility of a company as a result of certain crimes committed by individuals in favor of this company. Due to many reasons this legislation is not very effective, but media do report about actions of Anti-corruption Bureau and hence compliance becomes more and more important year by year. What is important - international companies operating in Poland especially registered in States or UK or listed there enhance culture of compliance in Poland.

In some industries compliance is more important than in others. For example pharmaceutical industry is an example where corruption is more important as it co-operates with doctors who prescribe reimbursed medicinal products and due to that are perceived as public officials. There are also some industry self-regulations preventing corruption in pharma industry.

2. In Poland we don't have common practice as to what tasks associated with compliance are as a rule undertaken by lawyers. Data Privacy Officers or compliance officers are sometimes lawyers and sometimes not. They are sometimes located within legal structures, sometimes outside legal structures. These functions are rather in-house then external. Polish law does not provide any regulations.

The role of in-house lawyers in corporate compliance depends on company culture. There are no standards nor legal requirements. All qualified lawyers – members of bars are obliged to keep confidential any information possessed during exercising legal services. Staff lawyers are normally bound by confidentially clauses incorporated into employment agreements.

- 3. We don't have special regulations in Poland as to compliance in law firms. Law firms pay much attention and put much effort to achieve high level of personal data and other information protection due to general obligation to keep all information possessed during executing legal services secret as well as due to the trust people have asking professional law firms for legal advice. As to conflict of interest we don't have general regulation like special act on conflict of interest in Poland. Some provisions are included into the Labor Code some into Criminal Code. Conflict of interests for lawyers is regulated within specific legal acts and Ethical Codes.
- The answer is negative. The main role of qualified lawyers is to render legal services or to defend person accused of a crime. In our juridical culture clients' interests prevail.
- 5. The companies are quite comfortable working with law firms. They don't feel their data or information or pending cases are not well protected. There are civil measures to claim compensation and the culture and ethical level of qualified lawyers (members of bars) seems to be adequate and satisfactory measure to make clients feel comfortable as to their data and information.

More lawyers not being advocates or attorneys at law shorty after getting Law Faculty degree offer legal service on the market. Their service is cheaper but the quality is not guaranteed by public exam nor by respective bars of qualified lawyers. Such lawyers - unlike bar members - are not legally obliged to develop their skills and knowledge, are not subject to bar disciplinary measures and do not have obligatory insurance. All these factors are guaranteed as to lawyers being members of bars (advocates or attorneys at law). Service offered by lawyers having only Law Faculty degree can possibly trigger some legal and financial risk for their clients and this is something that needs regulation, at least as to possible scope of such legal service and financial responsibility.

Agnieszka Deeg-Tyburska, Attorney at law Marcin Musiał, Attorney at law

16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften

"Compliance" in der Anwaltskanzlei

1. Compliance-Vorschriften für Unternehmen

1.1. Welche Rolle spielt Compliance (Regelungen zur organisatorischen und strukturellen Maßnahmen zur Rechtskonformität im Unternehmen) in Ihrem Land?

Allgemein kann man feststellen, dass seit der Umsetzung der EU – Geldwäsche - Verordnungen, die Compliance eine immer größere Rolle spielt.

In größeren Unternehmen, die internationalen Gruppen angehören, werden Regelungen für organisatorische und strukturelle Maßnahmen zur Rechtskonformität angepasst und/ oder umgesetzt dies mit der eigenen internen "Compliance Abteilung" mit einem oder mehreren Mitarbeitern.

Angesichts des Luxemburger Finanzmarkts und dessen Importenz und Ruf, ist in diesem Gebiet festzustellen, dass zum Beispiel die "CSSF" (Commission de Surveillance du Secteur Financier, die Luxemburger Regulierungsautorität im Finanzwesen, sehr strenge Auflagen festlegt und Kontrollen durchführt, damit die unter ihre Autorität und Kontrolle stehenden Betriebe und Professionelle ihren Verpflichtungen in Sachen Rechtskonformität nachkommen.

In der Baubranche gibt es ebenfalls spezifische Regelungen um die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter zur gewährleistet. So müssen Unternehmen einen "Travailleur désigné" (Sicherheitsbeauftragter) einstellen, der in diesem Bereich die Rolle eines Compliance Officers innehat und unter anderem für die Rechtskonformität in diesem Bereich verantworlich ist.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Korruption sieht man, dass nicht nur große internationale Unternehmen oder Konzerne die in Luxemburg tätig sind organisatorische und auch strukturelle Maßnahmen umsetzen um die Rechtskonformität diesbezüglich zu gewährleisten, sondern ebenfalls mittelständige Betriebe.

2. Compliance als anwaltliches Mandat - Compliance-Tätigkeit im Unternehmen

2.1. Welche Aufgaben im Zusammenhang mit Compliance bei Unternehmen werden in Ihrem Land typischerweise von Anwälten übernommen, z.B. Datenschutzbeauftragte/r, Compliance-Officer, etc.?

Was Luxemburg betrifft, ist darauf hinzuweisen, dass Anwälte nur die jenigen sind, die in einer der beiden Anwaltskammern (Luxemburg oder Diekirch) eingetragen sind.¹

Gemäß Artikel 1 des Gesetzes vom 10. August 1991 über den Anwaltsberuf ist dieser frei und unabhängig. Jegliche Arbeitsvertragsrechtliche Aktivitäzt von Anwälten sowohl im

¹ Liste I Avocat à la Cour, Liste II Avocat stagiaire, Liste III Avocat honoraire, Liste IV Avocat exerçant sous leur titre d'origine, Liste V Sociétés, Liste VI Sociétés exerçant sous leur titre d'origine

privaten wie auch im öffentlichen Sektor ist ausgeschlossen mit einer Ausnahme: Anwälte können nur von Anwaltskanzleien arbeitsvertraglich eingestellt werden, es sei denn sie arbeiten für die Kanzlei gemäß einem Kooperations-, respektiv Zusammenarbeitsvertrag.

Die Aufgaben im Zusammenhang mit Compliance bei Unternehmen werden in Luxemburg fast typischerweise von internen Juristen übernommen, die keine Anwälte sind, da diese arbeitsvertragleih im Privatsektor arbeiten.

Mittelgroße bis große Unternehmen greifen jedoch oft auf Anwälte zurück, um interne Schulungen zu halten. Dies ist oft der Fall in Bezug auf die Gesetzgebung für die Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus, im Datenschutz oder ebenfalls im Zusammenhang mit Anti-Korruptionsregelungen.

2.2. Wie ist dabei typischerweise bzw. nach den gesetzlichen Anforderungen Ihres Landes die Aufgabenverteilung zwischen internen und externen Juristen?

Luxemburg sieht an und für sich keine bestimmten gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Aufgabenverteilung zwischen internen und externen Juristen vor.

Auch wenn ein Anwalt Compliance Tätigkeiten in Unternehmen gemäß einem Mandat ausüben kann, wie zum Beispiel für spezifische Schulungen, wird die Compliance Tätigkeit jedoch hauptsächlich von internen Juristen ausgeführt die nicht Mitglieder einer der Anwaltskammern sind.

Seit mehr als 15 Jahren, gibt es die "Association Luxembourgeoise des Compliance Officer" (ALCO)², die Schulungen und Ausbildungen im Bereich der Compliance im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung der Terrorismus anbietet.

Hier werden ebenfalls Compliance Officer ausgebildet die keine Juristen sind, oder die nur ein Jurastudium abgeschlossen haben ohne jedoch jemals als Anwalt gearbeitet zu haben, oder Anwälte die bei einer der Anwaltskammern eingetragen waren, sich dann aber entschlossen haben arbeitsvertraglich im privaten Sektor zu arbeiten. Letzere sind dann aus der Anwaltskammer ausgetreten.

2.3. Welche Rolle spielen unternehmensinterne Juristen bei der Compliance?

Meistens und hauptsächlich in größeren Unternehmen, wie zum Beispiel Banken, übernehmen interne Juristen die Compliance.

Ihre Rolle nimmt angesichts der wachsenden Regelungen ständig zu. Oft arbeiten mehrere Juristen zusammen in einer Compliance Abteilung mit weiteren Mitarbeitern, die jedoch nicht unbedingt Juristen sind.

² Luxemburgische Vereinigung der Compliance Officer

2.4. Wie sind in Ihrem Land die Aufgaben, Tätigkeiten und beruflichen Verpflichtungen für Syndikusanwälte bzw. unternehmensinterne Juristen geregelt?

In Luxemburg gibt es keine Syndikusanwälte.

Die Aufgaben, Tätigkeiten und beruflichen Verpflichtungen der Unternehmensinternen Juristen werden arbeitsvertraglich geregelt und unterliegen allgemein dem Arbeitsrecht wie dies im Arbeitsgesetzbuch festgehalten ist.

2.5. Haben diese ein Zeugnisverweigerungsrecht, Geheimhaltungspflichten, welche Tätigkeiten dürfen diese (im Vergleich zu externen Anwälten) übernehmen, bzw. welche beruflichen Pflichten bestehen für sie zur Compliance im Unternehmen?

Die Unternehmensinternen Juristen haben kein Zeugnisverweigerungsrecht, oder Geheimhaltungspflichten wie dies der Fall bei Anwälten ist, insofern die bei der Luxemburger Anwaltskammer eingetragenen Anwälte einer absoluten Geheimhaltungspflicht unterliegen.

Ein Verstoss gegen die Geheimhaltungspflicht vor Gericht von einem Unternehmensinternen Juristen ist keine Straftat gemäss Artikel 458 des Sttrafgesetzbuches, jedoch könnte ein Anwalt in einem solchen Fall, auch wenn nicht strafrechtlich, troztdem disziplinarisch belangt werden, da er gegen das "Réglement Intérieur de l'Ordre", also dem Anwaltsdeontologiecodex verstoßen würde.

Dies ist anders bei hausinternen Juristen deren Geheimhaltungspflicht, vertraglich, oder per Gesetz festgelegt sein kann. Vor Gericht steht es Ihnen frei als Zeuge auszusagen oder nicht. Sollten sie sich auf die Geheimhaltungspflicht berufen, kann man sie nicht zwingen vor Gericht auszusagen.

Für von Banken angestellte interne Juristen ist die Geheimhaltungspflicht, das sogenannte Bankgeheimnis (secret bancaire), sowie deren Ausnahmen gesetzlich festgelegt.

Ansonsten gelten für alle anderen internen Juristen die im Compliance tätig sind die Regelugen gemäß Artikel 458 der Strafgesetzbuches: jeder der als "confident nécessaire", oder als notwendiger Empfänger von vertraulichen Mitteilungen ist, unterliegt einer Geheimhaltungspflicht. Dies glit für Buchhalter, Wirtschafstprüfer und Notare z.B.

3. "Compliance"-Regeln für Anwaltskanzleien

3.1. Gelten die Vorschriften für Compliance in Unternehmen auch für Anwaltskanzleien oder gibt es vergleichbare Regeln für Anwaltskanzleien?

In Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus unterliegen Anwälte, wie im nachhinein erklärt, den gleichen Regeln wie die der anderen Professionellen gemäß dem abgeänderten Gesetz vom 12. November 2004 bezüglich der Bekämpfung der Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus (Gesetz vom 12. November 2004).

Jedoch unterliegen nicht alle Anwälte diesen Vorschriften.

Gemäß Artikel 2(12) des Gesetzes vom 12. November 2004, müssen die Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden, sowie Meldepflichten im Zusammenhang zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismus Finanzierung nur dann von Anwälten erfüllt werden, wenn sie im Nahmen und auf Rechnung Ihrer Klienten Finanz – oder Immobilien Transaktionen durchführen, oder für ihre Klienten an der Planung oder Durchführung von Transaktionen mitwirken, die folgendes betreffen:

- (i) den Kauf und Verkauf von Immobilien oder Gewerbe betrieben,
- (ii) die Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten ihres Klienten,
- (iii) die Eröffnung oder Verwaltung von Bank -, Spar- oder Wertpapier konnten,
- (iv) die Beschafung der zur Gründung, zum Betrieb oder zur Verwaltung von Gesellschaften erforderlichen Mitteln,
- (v) die Gründung, den Betrieb oder die Verwaltung von Trust, Gesellschaften, Schiftungen oder ähnlichen Strukturen
- (vi) Finanz oder Immobilien Transaktionen im Namen und im Interessen des Klienten
- (vii) Leistungen wie die der Dienstleister für Unternehmen und Trusts die sie erbringen
- (vii)) die Aktivität eines Family Office die sie ausüben
- **3.2.** Sind Pflichten zur organisatorischen oder strukturellen Einhaltung von Datenschutz, Sorgfaltspflichten, IT-Sicherheit, zur Vermeidung von Interessenkonflikten in Ihrem Land für Anwälte geregelt?
- Ja. Das "Règlement Intérieur de l'Ordre" (Deontologiecodex) schreibt klare Regeln für die Vermeidung von Interessenskonflikten vor, die jedoch nur für Anwälte gelten. Diese Vorschriften beinhalten sowohl organisatorische wie auch strukturelle Regeln.

Verstöße gegen diese Regeln können disziplinarisch geahndet werden.

Darüber hinaus müssen Anwälten, wie unter 3.1 erklärt, Sorgfaltspflichten und Meldepflichten in Bezug der ausgehübten Aktivität einhalten.

Anwälte unterliegen weiterhin bestimmten Datenschutz Regelungen, auch wenn in diesem Zusammenhang einige Ausnahmen bestehen .

3.3. Für welche Bereiche (z.B. Datenschutz) brauchen Anwaltskanzleien in Ihrem Land Beauftragte oder sonstige interne Kontrollpersonen, Strukturen oder Abläufe?

In Bezug auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus brauchen Anwaltskanzleien in Luxemburg Beauftragte oder sonstige interne Kontrollepersonen, sowie Strukturen oder Abläufe wie das Gesetz vom 12. November 2004 sie vorschreibt.

Diese Regelungen sind ebenfalls nochmals spezifisch in dem "Réglement Intérieur de l'Ordre" aufgeführt.

Weiterhin müssen Anwaltskanzleien gemäß diesem Deontologiecodex bestimmte Strukturen, wie zum Beispiel ein "Compte argent-tiers," also Konto für Drittgelder haben.

Was den Datenschutz betrifft, kann die eine oder andere größere Kanzlei in diesem Zusammenhang spezifisch Beauftragte oder sonstige interne Kontrollepersonen dafür eingestellt haben.

3.4. Sind eigene Compliance-Regelwerke zum Beispiel bei (großen) Kanzleien in Ihrem Land üblich? Sind diese öffentlich? Welche Regelungen beinhalten diese typischerweise?

Die internen Compliance – Regelwerke der Kanzleien müssen selbstverständlich den Vorschriften des Gesetzes vom 12. November 2004 sowie des "Règlement Intérieur de l'Ordre" entsprechen.

Darüber hinaus entwickeln jedoch einzelne Kanzleien ihre eigenen Regelwerke. Diese sind nicht öffentlich müssen aber im Einklang mit den vorhergenannten Gesetzen sein, was die Anwaltskammer überprüft.

Diese beinhalten typischerweise Regelungen bezüglich den Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden, Meldepflichten sowie die Pflicht eine adäquate interne Struktur zu haben, um den Ansprüchen der Gesetzgebung zu Bekämpfung von Geldwäsche oder Finanzierung des Terrorismus gerecht zu werden.

Bei größeren Kanzleien kann man sehen, dass diese von der ALCO ausgebildete Compliance Officer eingestellt haben.

Es handelt sich hierbei um ungefähr 7 bis 8 Kanzleien deren Compliance Officer den Antrag gestellt haben mit der Anwaltskamer Luxemburg zusammen zu arbeiten, um eine gemeinsame Vorgehensweise in Sachen Compliance bezüglich der Bekämpfung der Geldwäsche oder Finanzierung des Terrorismus bei Anwälten auszuschaffen und anzuwenden.

4. Anwaltliche Pflichten zur Überprüfung oder Gewährleistung von Regelkonformität bei Mandanten

4.1. Gibt es - neben der EU-Geldwäsche-Verordnung - in Ihrem Land Pflichten für Anwälte, bestimmte externe Rechtsverstöße (durch Mandanten oder Dritte) oder entsprechende Verdachtsmomente anzuzeigen?

Alle Anwälte die gemäß Artikel 2(12) des Gesetzes vom 12. November 2004 im Nahmen und auf Rechnung ihres Klienten Finanz- oder Immobilien Transaktionen oder für ihren Klienten an der Planung oder Durchführung von Transaktionen arbeiten sind, wie oben beschrieben, verpflichtet Verdachtsmomente in Bezug auf Geldwäsche und / oder Finanzierung des Terrorismus zu melden. Dies erfolgt über den Ptäsideneten der Anwaltskammer.

Neben der EU – Geldwäsche – Verordnung gibt es jedoch in Luxemburg keine weiteren Pflichten für Anwälte bestimmte externe Rechtsverstöße durch Mandanten oder Dritte anzuzeigen.

Es kommt jedoch vor, dass der Anwalt seinen eignen Mandanten anzeigt, sollte dieser versuchen oder versucht haben, Straftaten mit Hilfe seines Anwalts auszuführen..

In solchen Fällen haben Anwälte dies bei der Staatsanwaltschaft gemeldet und den Präsidenten der Anwaltskammer hiervon in Kenntnis gesetzt, wie zum Beispiel bei gefälschten Unterlagen und deren Gebrauch, oder bei versuchten Betrug.

4.2. Wie werden diese Verpflichtungen in Kanzleien umgesetzt?

Was die EU - Geldwäsche – Verordnung betrifft siehe oben.

Auch wenn Anwälte einer strikten und absoluten Geheimhaltungspflicht unterliegen, gibt es eine einzige Ausnahme: die Meldepflicht in Bezug der EU - Geldwäsche – Verordnungen.

Hier müssen jedoch die Anwälte diese Verdachte bei dem Präsidenten der Anwaltskanzlei melden. Dieser überprüft ob der Anwalt in den Rahmen der von Arikel 2(12) des Gesetzes vom 12. November 2004 festgelegten Aktivitäten gearbeitet hat oder nicht. Sollte dies der Fall sein, leitet er die Meldung an die "Cellule de renseignement financier" (CRF) weiter, die zuständig für deren Bearbeitung ist.

4.3. Gibt es in Ihrem Land sonstige rechtliche Pflichten für Anwälte, die dem im Interesse von Dritten - also nicht gegenüber dem Mandanten - dienen, z.B. zur Sachverhaltsrecherche, Offenlegung von Informationen in der zivilrechtlichen Mandatsausübung oder im Prozessrecht?

Nein.

4.4. Gibt es Fälle von Haftung gegenüber Dritten bei Verstößen gegenüber diesen Pflichten?
Nein, da es keine solchen Pflichten gibt.

5. Regelungsbedarf

Sind nach Ihrer Auffassung - bzw. der Auffassung Ihrer Organisation - weitere Regelungen oder Anstrengungen in Bezug auf Compliance in Anwaltskanzleien notwendig?

Unserer Meinung nach sind weitere Anstrengungen in Bezug auf Compliance in Anwaltskanzleien notwendig.

Diesbezüglich organisiert die Anwaltskammer Luxemburg Schulungen.

2015 wurde eine spezifische Kommission gegründet um dieser Aufgabe nachzukommen.

Diese Kommission arbeitet ebenfalls eng zusammen mit den von der ALCO ausgebildeten Compliance Officer der 7 bis 8 große Kanzleien um die von der EU - Geldwäsche – Verordnungen aufgelegten Regelungen besser umzusetzen und um so ebenfalls eine gewisse Uniformität dieser Pflichten im Zusammenhang mit de Anwaltsberuf zu gewihrleisten.

Weiterhin hat die Anwaltskamer im September 2016 das "Règlement Intérieur de l'Ordre" mit spezifischen Regelungen bezüglich der Kontrolle von " Compte argent-tiers" (Konto von Drittoder Kundengeldern) eingeführt, um zu überprüfen ob die Anwaltskanzleien ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachkommen.

Auch in diesem Zusammenhang wird die Anwaltskamer Schulungen anbieten.

Rosario GRASSO

Präsident der Luxemburger AnwaltsKammer 2014-2016

Mitglied der Anwaltskammer 2016-2018

16. Berliner Konferenz der Europäischen Rechtsanwaltschaften

"Compliance in der Anwaltskanzlei"

Eröffnungsstatement

Einführung in die rechtlichen Fragen aus deutscher Sicht

Das Thema Compliance wird üblicherweise bei gewerblichen Unternehmen verortet: Für alle börsennotierten Unternehmen in Deutschland gilt der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK). Aber auch viele andere Organisationen in der hiesigen gewerblichen Wirtschaft beschäftigten sich intensiv mit der Ausgestaltung und Implementierung von ganzheitlichen Compliance Management-Systemen (CMS). Sie sind inzwischen Standard.

Es darf indes nicht übersehen werden, dass eine organisatorische Pflicht zur Risikobeherrschung für alle Organisationsformen gilt. So sehen sich auch Anwaltskanzleien mit Compliance-Fragen konfrontiert und zwar nicht nur als profitables Geschäftsfeld der externen Beratung – im jüngst herausgegebenen Juve Handbuch wird Compliance gar als das neue M&A bezeichnet - Kanzleien müssen selbstverständlich auch selbst entsprechende Vorkehrungen treffen.

Angesichts der Vielzahl verschiedener relevanter Vorschriften aus den unterschiedlichsten Bereichen wird es auch für Anwaltskanzleien immer wichtiger, ein wirksames Compliance-System zu installieren. Entscheidend ist, das eigene Compliance-Programm auf das sich stetig verändernde rechtliche Umfeld abzustimmen und bestehende Regelungen gegebenenfalls anzupassen oder zu verschärfen. Sozietäten sind vor allem, aber ausdrücklich nicht nur, hinsichtlich der besonderen Berufspflichten für Rechtsanwälte Compliance-pflichtig.

Die wichtigsten Compliance Anforderungen für Anwaltskanzleien in Deutschland sollen hier kurz dargestellt werden:

1 Berufsrecht

Verhaltensanforderungen für Rechtsanwälte in Deutschland ergeben sich aus der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) und der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA). Eine Anwaltskanzlei hat alle Mitarbeiter zu deren Einhaltung anzuhalten. Entsprechende Verstöße sind teilweise sogar strafbewehrt. Darüber hinaus ist ein Rechtsanwalt nach § 5 BRAO verpflichtet, seine Kanzlei sachlich, personell und organisatorisch so einzurichten, dass er den Anforderungen zur Berufsausübung gerecht wird – also ein entsprechendes Compliance-System zu implementieren.

Als Berufspflichten sind insbesondere zu nennen:

- 1.1 die Verschwiegenheitsverpflichtung (§43a II BRAO und § 2 BORA) ein Rechtsanwalt muss natürlich selbst die ihm anvertrauten Mandatsgeheimnisse wahren, aber eben auch alle seine Mitarbeiter zur Verschwiegenheit anhalten.
- 1.2 Gleiches gilt für die sorgfältige Behandlung von dem Rechtsanwalt anvertrauten Vermögenswerten - die Vorschriften zu Treuhandgeschäften finden sich §§ 43a V BRAO, 4 BORA) - und

1.3 die Vorschriften zu Interessenkollisionen ((§§ 43a IV BRAO, 3 II BORA).

Letztere wurden vor zehn Jahren (2006) umfassend neu geregelt. Sie sind in der geltenden Fassung übrigens liberaler als entsprechende Regelungen in den meisten anderen europäischen Jurisdiktionen. Nach den deutschen Vorschriften kann jetzt eine ganze Reihe von Konfliktsituationen durch Zustimmung aller Beteiligten Parteien nach umfassender Aufklärung gelöst werden. Voraussetzung ist jedoch, dass die dann erforderliche Trennung der jeweiligen Teams streng eingehalten wird. Ein gut funktionierendes Compliance-System ist also auch hier unerlässlich. Zum effektiven Management von Informationsbarrieren bedienen sich daher inzwischen einige große Kanzleien einschlägiger Software.

Auch das Überprüfen hereinkommender Mandate auf mögliche Konflikte im Rahmen der Mandatsanlage ist inzwischen in vielen Kanzleien software-gestützt. Entsprechende Vorschriften gibt es nicht. Aber wie sollte gerade in Sozietäten mit mehr als einem Standort und einer Vielzahl von Partnern die Einhaltung der entsprechenden Standesregeln sonst sichergestellt werden?

2 Sonstige Regelungen

Zusätzlich zu den speziellen berufsrechtlichen Regeln gelten aber grundsätzlich auch für Anwaltskanzleien die allgemeinen Compliance-Vorschriften. Einige seien hier beispielhaft genannt:

- 2.1 Allen voran sind die Pflichten nach dem Geldwäschegesetz zu nennen. Seit der Neuregelung im Jahre 2002 sind Rechtsanwälte in § 2 l Nr. 7 GwG explizit zu Geldwäsche-Kontrollverpflichteten ernannt. Damit soll den Geldwäschegefahren durch die anwaltliche Treuhand begegnet werden. Ein hehres Ziel. Es löst indes eine Reihe von Pflichten nach §§ 3 ff. GwG aus: Zu denken ist zum Beispiel an die sich womöglich aus § 9 IV GwG in Verbindung mit einer Anordnung der Bundesrechtsanwaltskammer ergebende Verpflichtung, für Kanzleien mit mehr als 30 Berufsträgern einen Geldwäschebeauftragten zu benennen - vergleichbar dem englischen MLRO / Money Laundering Reporting Officer. In der alltäglichen Praxis geht es aber vor allem darum, durchgehend effektive Systeme zur Identitätsprüfung von Mandanten vorzuhalten, sogenannte KYC / Know your client procedures.
- 2.2 Spätestens seit dem "Skandaljahr" 2008, das aus datenschutzrechtlicher Sicht unvergessen bleibt und einen klaren Paradigmenwechsel eingeläutet hat, gehört der Datenschutz zu den unverzichtbaren Compliance-Themen. Dies gilt gleichermaßen für Anwaltskanzleien. Auch sie müssen die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) befolgen und nach § 9 BDSG die zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen treffen. Größere Kanzleien müssen nach § 4f BDSG einen Datenschutzbeauftragten benennen. Diese Funktion kann übrigens auch von einer nicht zur Kanzlei gehörigen Person ausgeübt werden. Es sind inzwischen eine Vielzahl von Anbietern auf dem Markt zu beobachten, die sich auf entsprechende Dienstleistungen spezialisiert haben.
- 2.3 Als weiteres Beispiel sei hier das Verbot von Insidergeschäften nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) genannt. Dieses ergibt sich inzwischen auch aus Art. 14 der EU-Marktmissbrauchsverordnung.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Regelungen, die zumindest in Teilen auch auf Anwaltskanzleien anwendbar sind. So unter anderem wettbewerbsrechtliche Vorschriften, Maßgaben aus dem Steuerrecht, aber auch Regelungen zu Arbeitssicherheit und Umweltschutz.

Lediglich am Rande sei hier erwähnt, dass nicht nur aus arbeitsrechtlicher Sicht vor allem der Themenkreis der Umsetzung von Compliance-Strukturen in der Kanzlei interessant ist: Eine der größten Herausforderungen ist hier nach wie vor sicherlich die organisatorische Eingliederung von Compliance-Systemen in das Unternehmen und der damit unweigerlich verknüpften Kommunikationsstrukturen. Dabei sind die Kenntnis und die entsprechende Strukturierung von Regelwerken allein nicht ausreichend. Dringend erforderlich sind auch ein gutes Verständnis für das Geschäft der Kanzlei, seiner Partner und Mitarbeiter sowie eine professionelle, lückenlose Kommunikationsfähigkeit. Um einmal aufgelegte Compliance-Strukturen wirksam durchzusetzen kommt es ganz entscheidend darauf an, ob im Unternehmen eine gute "Compliance-Kultur" gelebt wird. Mit dem Themenkreis der erfolgreichen Kommunikation von Compliance könnte man wohl ohne weiteres eine weitere Konferenz füllen!

Zusammenfassend kann man sagen, dass effektive Compliance-Systeme im Kontext zunehmender Regelungsdichte immer mehr an Bedeutung gewinnen. Und auch wenn Anwaltskanzleien grundsätzlich nicht in den Anwendungsbereich des Deutschen Corporate Governance Kodex fallen, so haben doch viele Sozietäten mehr oder weniger umfangreiche und detaillierte Compliance-Systeme geschaffen. Es bleibt abzuwarten, ob ein entsprechender Kodex auch für Anwaltskanzleien entwickelt wird – momentan wird hierzu von der großen Mehrheit der Kanzleien und auch den Verbänden kein Anlass gesehen.

Insgesamt kann man sicher sagen, dass mit zunehmender Größe der Anwaltskanzlei, Anzahl der Partner und Standorte auch der Umfang der angelegten Compliance-Strukturen zunimmt. Oder anders ausgedrückt: Je mehr die Anwaltskanzlei einem Unternehmen ähnelt, desto eher spiegelt sich das auch in den Compliance-Systemen wider.

Ein Schlüssel zum erfolgreichen Risikomanagement ist dabei auch das Verständnis globaler Entwicklungen. Die heutige Konferenz bietet Gelegenheit zum Austausch über Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten in den verschiedenen europäischen Staaten und darüber hinaus.

Sonja Wiezorek Rechtsanwältin and Solicitor Senior Risk Lawyer - WEELEG Linklaters LLP, Berlin